

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Editorial	8
<i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN</i>	10
Portugiesische Ratspräsidentschaft	10
EU-Sondergipfel zu COVID-19 und zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	10
Europaminister bereiten Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs vor	11
Außenminister beraten über die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte	11
Europäisches Parlament	12
Eurobarometer-Umfrage: Vertrauen in die EU steigt – hohe Erwartungshaltung an den Aufbauplan	12
Ausschuss der Regionen	12
Bayerisches Kabinett benennt Staatsministerin <i>Melanie Huml</i> als ordentliches Mitglied im AdR	12
Institutionelles	12
Kommission legt neue Strategie zur Stärkung eines regelbasierten Multilateralismus vor	12
Internationale Beziehungen	13
G7 sehen Impfstoffversorgung und gerechten Wiederaufbau als internationales Gemeingut	13
Vereinigtes Königreich: Mehr Zeit für die Ratifizierung des Post-Brexit-Abkommens	13
Tödlicher Luftangriff von Kundus 2009: Keine Verletzung der Menschenrechtskonvention	14
Medien	14
Einschränkungen der Medienfreiheit in Ungarn und Slowenien	14
Zuständigkeit polnischer Gerichte bei Holocaust-bezogenem Zeitungsartikel aus Bayern?	14
<i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION</i>	16
Covid-19	16
Deutschland weist Vorwurf der Nichteinhaltung von EU-Recht wegen Grenzkontrollen zurück	16
Datenschutz	16
Kommission veröffentlicht Entwürfe zweier Angemessenheitsbeschlüsse für die Datenübermittlung in das Vereinigtes Königreich	16
Europol	17
Vorschlag zur Überarbeitung der Europol-VO im LIBE-Ausschuss vorgestellt	17



Geldwäsche	17
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen mangelnder Umsetzung der vierten Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche	17
Frontex	18
Europäisches Parlament überprüft Einhaltung der Grundrechte durch Frontex	18
Frontex-Verwaltungsrat verabschiedet neue Grundrechtsstrategie	18
Schutz kritischer Infrastruktur	18
Richtlinienvorschlag zur Resilienz kritischer Einrichtungen im LIBE-Ausschuss vorgestellt	18
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	20
Covid-19	20
Rat nimmt Verordnung zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen an.....	20
Rat nimmt Verordnung zur Verlängerung von Lizenzen im Güterverkehr an	20
Verkehrsinfrastruktur	21
Kommission führt Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz durch	21
Straßenverkehr	21
Kommission führt Befragung zur Übermittlung der CO ₂ -Emissionswerte für neue schwere Nutzfahrzeuge durch.....	21
Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch.....	21
Kommission führt Befragung zur Qualifikation von Kraftverkehrsfahrern durch.....	22
Binnenschifffahrt	22
Kommission verlängert Befragung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt.....	22
Luftverkehr	22
Kommission führt Konsultation zu Computerreservierungssystemen im Luftverkehr durch	22
Bauen und Wohnen	23
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Dezember 2020 in der EU	23
Kommission führt Befragung zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie durch	23
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	24
Offenlegung von Ertragssteuerinformationen: Öffentliche Aussprache im Rat	24
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Erweiterung der EU-Straftatenliste	24
Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft und Eurojust.....	24
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Neuen Verbraucheragenda an.....	25



Kommission startet öffentliche Konsultation zur Digitalisierung der Justiz	25
Europäischer Haftbefehl: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein.....	26
Gerichtshof der EU: Ernennung von fünf Richterinnen und Richtern und einer Generalanwältin.....	26
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	27
Rat der Europäischen Union verabschiedet Entschließung zu strategischem Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (2021 - 2030)	27
Informelle Videokonferenz: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich zu den Themen Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung aus	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	29
Arbeitsprogramm 2021 des Europäischen Forschungsrates (ERC) vorgelegt.....	29
Kommission schlägt zehn neue Partnerschaften unter Horizont Europa vor	29
European Research & Innovation Days finden am 23./24.06.2021 statt	30
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	31
Rat für Wirtschaft und Finanzen, 16.02.2021: Konjunkturprognose, Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds und Finanzstabilität	31
EU-Haushalt	31
EU-Wiederaufbaufonds: Aufbau- und Resilienzfazilität mit 672,5 € an Fördermitteln in Kraft	31
EU-Jahreshaushalt für 2022: Rat beschließt Leitlinien	32
Steuer	32
„Schwarze“ Liste von Steueroasen: Rat nimmt Überarbeitung an und Dominica als nicht kooperatives Land auf.....	32
Parlamentsausschuss debattiert den Stand der Dinge bei Steuergestaltungen wie „CumEx“	33
Neue Mehrwertsteuer-Regeln im elektronischen Handel: Kommission startet öffentliche Konsultation	33
Wirtschafts- und Währungsunion.....	34
Tagung der Euro-Gruppe, 15.02.2021: Debatte über Konjunkturprognose, Wirtschaftsförderung und die internationale Rolle des Euro	34
Europäische Zentralbank veröffentlicht Jahresabschluss für 2020: Überschuss in Höhe von 1,64 Mrd. €.....	34
Kommission veröffentlicht Überwachungsbericht für Griechenland: Wegen COVID-19-Pandemie verlangsamte Reformdynamik	35
Finanzmarkt	35
Europäischer Ausschuss für Systemrisiken berichtet zu Folgen der COVID-19-Maßnahmen für die Finanzstabilität.....	35



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	36
Wirtschaft mit Binnemarkt und Industrie	36
Kommission legt Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie vor	36
Kommission legt neue Roamingverordnung vor	36
Kapitalmarktunion: Europäisches Parlament und Rat nehmen Vorschriften zur Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19-Pandemie an	37
Konsultation zur Überprüfung der Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse	37
Reserve für die Anpassung an den Brexit: Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag	38
Kommission veröffentlicht Fahrplan zum achten Kohäsionsbericht	38
EU-Beihilferecht: Kommission genehmigt Programm zur Unterstützung bayerischer Landwirte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie	38
Europäisches Gericht: Schwedische und französische Beihilfen zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen rechtmäßig	38
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Varian durch Siemens Healthineers unter Auflagen	39
Fusionskontrolle: Kommission ordnet abschließende Maßnahmen zur Veräußerung des ehemaligen Aleris-Werks nach der Übernahme von Novelis an	39
Technologie und Innovation.....	40
Kommission schlägt zehn neue Partnerschaften unter Horizont Europa vor	40
Außenwirtschaft.....	40
Kommission legt neue EU-Handelsstrategie vor.....	40
Folgenabschätzung zu Mechanismus gegen Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder.....	41
Energie.....	41
Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden	41
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	42
Umwelt	42
Kommission veröffentlicht EU-Klimaanpassungsstrategie 2021	42
Kommission genehmigt Beihilfen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für Landwirte in Bayern.....	42
EU ruft Globale Allianz zur Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz ins Leben	43



Kommission beschließt Vertragsverletzungsklage gegen Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie	43
Kommission führt Befragung zur Übermittlung der CO ₂ -Emissionswerte für neue schwere Nutzfahrzeuge durch.....	43
Kommission legt Leitfaden für Umweltziele in den nationalen Aufbauplänen vor	44
Verbraucherschutz.....	44
Kommission legt neue Roamingverordnung vor	44
Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Neuen Verbraucheragenda an.....	45
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	46
Aktueller Stand Trilog-Verhandlungen zur GAP nach 2023	46
Kommission veröffentlicht Studie über die Auswirkungen der GAP auf den Boden.....	46
Kommission veröffentlicht Studie über die Auswirkungen der GAP auf die Entwicklung des ländlichen Raums unter sozioökonomischen Aspekten.....	47
Kommission veröffentlicht Entwurf für delegierte Verordnung: Ökologischer Landbau – ergänzende Handelsregeln	47
Kommission genehmigt Beihilfen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für Landwirte in Bayern.....	48
Kommission startet Initiative zur Verlängerung des Schutzes der Pflanzenzüchterrechte	48
Kommission veröffentlicht Initiative zur Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR).....	48
Kommission beschließt Vertragsverletzungsklage gegen Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie	49
Kommission veröffentlicht EU-Klimaanpassungsstrategie 2021	49
Kommission genehmigt acht genveränderte Pflanzen	50
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	51
Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten: Kommission leitet erste Phase der Sozialpartnerkonsultation ein	51
Portugiesische Ratspräsidentschaft organisiert virtuellen Austausch der EU-Beschäftigungsminister	51
EU-Bildungsminister diskutieren über Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung	51
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	52
Coronavirus: Gesundheitssicherheitsausschuss einigt sich auf standardisierte Datensätze für COVID-19-Testzertifikate und auf EU-weit anerkannte Antigen-Schnelltests	52
Coronavirus: Kommission stellt europäische Strategie gegen Virusmutationen vor	52



Coronavirus: Fortschritte bei der Beschaffung und Zulassung von Impfstoffen	53
Kommission legt neue Strategie zur Stärkung eines regelbasierten Multilateralismus vor	53
Coronavirus: Aktualisierte Risikobewertung zur epidemiologischen Lage in Europa	54
Coronavirus: Aktualisierte Empfehlungen zur Verwendung von Gesichtsmasken im sozialen Umfeld	54
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	55
Industrieausschuss nimmt Initiativbericht zur Europäischen Datenstrategie an	55



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte!

Corona bleibt das zentrale Thema der Politik. Beim Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 25./26. Februar standen abermals die gemeinsame Impfstrategie und die Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten im Mittelpunkt der Beratungen.

Wichtig aus meiner Sicht: Der „Corona-Gipfel“ ist diesmal genutzt worden, um mit der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ein weiteres bedeutsames europapolitisches Themenfeld zu adressieren, bei dem Weichenstellungen erforderlich sind. Während die Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar den Fokus auf die so dringend erforderliche Neuausrichtung der transatlantischen Partnerschaft gelegt hat, ging es den Staats- und Regierungschefs im Rahmen des EU-Gipfels vor allem um die Frage: Wie lässt sich die Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union angesichts der Gefahr von Cyberattacken und hybriden Bedrohungen stärken? Zudem war der Status quo der EU-Verteidigungsinitiativen und ihre Finanzierbarkeit Thema. Bei beiden Punkten ist das gemeinsame Ziel, die Fähigkeit der EU zum autonomen Handeln zu erhöhen.



Auch auf Landesebene war diese Woche das Thema Europa groß geschrieben:

Auch auf Landesebene war diese Woche das Thema Europa groß geschrieben:

Am 24. Februar fand die Europaministerkonferenz, die ständige Fachkonferenz der für Europapolitik zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der deutschen Bundesländer, statt – erstmals per Video-Schalte. Die Beratungen zeigten einmal mehr, wie sehr die EU-Mitgliedsstaaten, nicht zuletzt aber auch die deutschen Länder als föderale Akteure, gefordert sind. Im Mittelpunkt stand die europäische strategische Souveränität. Als bayerische Europaministerin war es mir ein besonderes Anliegen, auf die Bedeutung einer verstärkten Produktion wichtiger Medizinprodukte in der EU hinzuweisen, auch um bei möglichen Krisen in Zukunft die gesundheitliche Versorgung der Bürger optimal sicherzustellen. Nicht überraschend war auch die aktuelle Situation in den Grenzregionen Thema. Mir ging es darum, gegenüber den Kolleginnen und Kollegen nochmals zu verdeutlichen, wie die Maßnahmen an den Grenzen zu Tschechien und Tirol beitragen, eine weitere Virusausbreitung einzudämmen.

Einen Tag zuvor hat mich das Bayerische Kabinett in meiner Funktion als Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, als ordentliches Mitglied für den Freistaat Bayern im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) benannt. Ich freue mich sehr, in der noch bis Januar 2025 laufenden Mandatsperiode für Bayern und seine Menschen in dieser so wichtigen Funktion tätig sein zu dürfen. Ein besonderer Dank gilt Staatsminister *Dr. Florian Herrmann*, der dieses Amt bis hierhin mit starker Stimme für Bayern ausgeübt hat. Nach Abschluss des Ernennungsverfahrens ist mir wichtig, den von ihm begonnenen Dialog mit AdR-Präsident



Apostolos Tzitzikostas schnell fortsetzen. Dabei wird es um Möglichkeiten einer Aufwertung des Ausschusses der Regionen gehen, beispielsweise durch Stärkung der regionalen Vernetzung und eines vermehrten Angebots von Bürgerdialogen auf regionaler Ebene zu EU-Themen.

Soviel vorab von meiner Seite – verbunden mit dem Wunsch, dass unsere aktuelle Ausgabe des Europaberichts für Sie viele interessante europapolitische Einblicke bereithält.

Ihre Melanie Huml



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Sondergipfel zu COVID-19 und zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben am 25./26.02.2021 per Video-Sondergipfel zum gemeinsamen Kampf der Europäischen Union gegen die Corona-Pandemie sowie zur Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik getagt.

Am ersten Tag (25.02.), der ganz im Zeichen von COVID-19 stand, legten sich die EU-Staaten darauf fest, die Zulassung, Herstellung und Verteilung der Impfstoffe (inklusive erforderlichenfalls Anpassung an neue Virusvarianten) sowie den Impfprozess selbst dringend zu beschleunigen und bis zum Sommer auch einen digitalen Impfnachweis einzuführen. Ob an das Impfbzertifikat auch Lockerungen geknüpft werden, blieb jedoch offen.

EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* teilte mit, dass derzeit rund 29 Mio. Impfstoffdosen in den EU-Ländern verabreicht wurden. Das entspricht rund 6,4 % der Bevölkerung. Bis Ende dieser Woche, so die Prognose der Präsidentin, werde die Zahl der ausgelieferten Dosen 50 Mio. erreichen. Die EU sei außerdem auf gutem Wege, bis Ende des Sommers 70 % aller Erwachsenen ein Impfangebot machen zu können.

Nicht unbedingt notwendige Reisen müssen vorerst weiterhin beschränkt werden. Die Annahme der beiden Empfehlungen des Rates zu Reisen innerhalb der EU und in die EU, nach denen Beschränkungen im Einklang mit den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung und unter Berücksichtigung der spezifischen Situation von Grenzgemeinschaften eingeführt werden können, wurden seitens der Staats- und Regierungschefs begrüßt. Der ungehinderte Waren- und Dienstleistungsverkehr innerhalb des Binnenmarkts müsse jedoch weiterhin sichergestellt werden, auch durch sog. Green Lanes.

Mit Blick auf die Stärkung der Gesundheitssysteme für die Zukunft soll gemäß den Staats- und Regierungschefs darauf hingearbeitet werden, die Koordinierung auf EU-Ebene im Einklang mit den in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten der Union weiter zu intensivieren, um eine bessere Prävention, Vorsorge und Reaktion im Zusammenhang mit künftigen Gesundheitskrisen zu gewährleisten. Die Arbeit an den Vorschlägen zur Gesundheitsunion und zur Arzneimittelstrategie – auch hinsichtlich des Zugangs zu Arzneimitteln in allen EU-Mitgliedstaaten – sollte ebenfalls vorangebracht werden.

Am zweiten Tag des EU-Sondergipfels (26.02.) stand das Thema „Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ im Mittelpunkt der Beratungen. Die Staats- und Regierungschefs zogen dabei eine Zwischenbilanz zum Ausbau der EU-Verteidigungspolitik, die Ende 2017 in einer verstärkten Kooperation aus der Taufe gehoben wurde, und kündigten bis März 2022 einen „strategischen Kompass“ an.

Am Rande ihrer Gespräche zum Kurs der EU tauschten sich die Staats- und Regierungschefs auch mit NATO-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* aus. Dieser warb für eine noch stärkere Zusammenarbeit. Den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen könne sich kein Land und kein Kontinent allein stellen. EU-



Ratspräsident *Michel* benannte im Anschluss an das Gespräch mit *Stoltenberg* als gemeinsame Prioritäten von NATO und EU den Kampf gegen Cyberattacken / hybride Bedrohungen und Desinformation.

[Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates \(25./26.02.2021\)](#)

Europaminister bereiten Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs vor

Am 23.02.2021 fand der Rat für Allgemeine Angelegenheiten als informelle Videokonferenz der Europaminister statt. Schwerpunkt war die Vorbereitung des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 25./26.02.2021. Des Weiteren tauschten sich die Minister über die Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft der EU aus. Als offizieller Start wird der 09.05.2021 (Europatag) angestrebt. Der Ball liegt derzeit beim Europäischen Parlament (EP) hinsichtlich der Größe der Steuerungsgruppe der Konferenz. Nachgeholt haben die Minister den Gedankenaustausch über den Aktionsplan Demokratie. Dieser wurde am 03.12.2020 von der Kommission veröffentlicht und am 08.12.2020 im Rat vorgestellt. Abschließend befassten sich die Minister mit den Beziehungen zum Vereinigten Königreich. Der Vorschlag der Kommission zur Verlängerung der vorläufigen Anwendung des Post-Brexit-Abkommens über den 28.02.2021 hinaus bis zum 30.04.2021 wird vom Rat mitgetragen. Noch am 23.02.2021 stimmte auch die britische Seite zu (siehe eigenen Beitrag in dieser Rubrik). Nun liegt die Entscheidung beim EP.

[Tagungsseite des Rats – Ergebnisse vom 23.02.2021](#)

Außenminister beraten über die globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte

Am 22.02.2021 fand in Brüssel das Treffen der EU-27 Außenminister statt. Während der Sitzung ereignete sich in der Demokratischen Republik Kongo ein bewaffneter Angriff auf einen Konvoi der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Dabei wurde u. a. der italienische Botschafter, *Luca Attanasio*, getötet. Daraufhin wurde die Tagesordnung des Rats angepasst und u. a. die Debatte um den Strategischen Kompass verschoben. Der Video-Austausch mit US-Außenminister *Antony Blinken*, fand dagegen wie geplant statt. Er verlief nach Teilnehmerangaben sehr konstruktiv und man rechnet mit einer neuen Qualität der transatlantischen Partnerschaft. Anders dagegen verhält es sich mit den Beziehungen zu Russland: Die Außenminister waren sich einig, dass Russland zunehmend autoritär handelt und sich von der EU entfernt. Im Falle des Inhaftierten Kremlkritikers *Alexej Nawalny* sollen nun, erstmals seit Bestehen des Instruments, Maßnahmen im Rahmen der [globalen Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte](#) gezielt gegen Einzelpersonen, Organisationen und Einrichtungen eingeleitet werden.

[Tagungsseite des Rats – Ergebnisse vom 22.02.2021](#)



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Eurobarometer-Umfrage: Vertrauen in die EU steigt – hohe Erwartungshaltung an den Aufbauplan

Am 12.02.2021 hat das Europäische Parlament (EP) die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage „Parlemeter 2020“ veröffentlicht. Im EU-Durchschnitt ist die Anzahl der Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, seit Herbst 2019 um 10 Prozentpunkte auf 50 % gestiegen. In fast allen Ländern überwiegt zudem ein positives Bild des EP – mit Ausnahme Tschechiens, Griechenlands und Frankreichs. Im EU-Durchschnitt betrachten 48 % der Befragten den Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit als oberste Priorität. Zudem besteht die Ansicht, dass die EU der richtige Rahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist: Etwa drei von vier Befragten glauben, dass der Europäische Aufbauplan zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung beitragen wird. Am pessimistischsten äußerten sich hierzu die Befragten in Frankreich und Finnland. Dennoch befürchtet jeder Zweite, dass die wirtschaftliche Situation in seinem Land in einem Jahr schlechter sein wird. Die Eurobarometer-Umfrage wurde im Auftrag des EP vom Marktforschungsunternehmen „Kantar“ im Zeitraum 20.11. und 21.12.2020 durchgeführt. Die Befragung fand in allen Mitgliedsstaaten statt; insgesamt wurden 27.213 EU-Bürgerinnen und -Bürger interviewt.

[Pressemitteilung des EP](#)

AUSSCHUSS DER REGIONEN

Bayerisches Kabinett benennt Staatsministerin *Melanie Huml* als ordentliches Mitglied im AdR

Am 23.02.2021 hat das Bayerische Kabinett *Melanie Huml*, MdL in ihrer Funktion als Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales als ordentliches Mitglied für den Freistaat Bayern im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) in der noch bis Januar 2025 laufenden siebten Mandatsperiode benannt. Sobald das Ernennungsverfahren über den Rat abgeschlossen ist, möchte die bayerische Europaministerin den von ihrem Vorgänger, Staatsminister Dr. *Florian Herrmann*, letztes Jahr begonnenen Dialog mit AdR-Präsident *Apostolos Tzitzikostas* schnell fortsetzen. Dabei soll es um Möglichkeiten einer Aufwertung des AdR gehen. Allen voran um eine Stärkung der regionalen Vernetzung, das vermehrte Angebot von Bürgerdialogen auf regionaler Ebene zu EU-Themen und eine Rechenschaftspflicht der anderen EU-Institutionen, wenn sie bei regionalbezogenen Gesetzgebungsakten von Stellungnahmen des AdR abweichen.

[Kurzportrait der bayerischen Europaministerin *Melanie Huml*, MdL](#)

INSTITUTIONELLES

Kommission legt neue Strategie zur Stärkung eines regelbasierten Multilateralismus vor

Am 17.02.2021 haben die Kommissionspräsidentin und der Hohe Vertreter der EU ihre neue Strategie zur Stärkung eines regelbasierten Multilateralismus vorgestellt. Das multilaterale System solle Frieden und Sicherheit in der Welt fördern, gemeinsame Werte und Völkerrecht schützen sowie internationale Standards und



globale Zusammenarbeit in prioritären Bereichen ausweiten – u. a. bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, internationaler Besteuerung, digitaler Zusammenarbeit, Umwelt- und Verbraucherschutz, Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und Rohstoffsicherheit sowie grünen Technologien und erneuerbaren Energien. Dies soll die Basis der kooperativen Beziehungen zwischen Ländern und Völkern sein. Gleichzeitig soll die EU ihre Interessen mit einem strategischen Ansatz vertreten. Auch soll die EU zu einer gezielten Reform der internationalen Organisationen UN, WHO und WTO beitragen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 17.02.2021](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

G7 sehen Impfstoffversorgung und gerechten Wiederaufbau als internationales Gemeingut

Die Staats- und Regierungschefs der G7 haben sich am 19.02.2021 über die globalen Herausforderungen von COVID-19 sowie über einen besseren und gerechteren Wiederaufbau ausgetauscht. Mit Blick auf die [UNFCCC COP26](#) und die [CBD COP15](#) sollen Klimawandel und Umkehr des Biodiversitätsverlustes in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus gerückt werden. Gestützt auf die Stärken und Werte demokratischer, offener Volkswirtschaften und Gesellschaften wollen sie gemeinsam mit allen Partnern das Jahr 2021 zu einem Wendepunkt für den Multilateralismus machen und einen Wiederaufbau gestalten, der Gesundheit und Wohlstand für alle fördert. U. a. durch erschwinglichen und gerechten Zugang zu Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika, denn Immunisierung sei ein globales öffentliches Gut. Mit erhöhten finanziellen Zusagen von über 4 Mrd. \$ für [ACT-A](#) und [COVAX](#) beläuft sich die Unterstützung der G7 nun auf 7,5 Mrd. \$.

[Pressemitteilung des Europäischen Rates vom 19.02.2021](#)

Vereinigtes Königreich: Mehr Zeit für die Ratifizierung des Post-Brexit-Abkommens

Das Vereinigte Königreich hat der EU mehr Zeit für die Ratifizierung des Post-Brexit-Abkommens eingeräumt. Auf Bitten der EU sei die vorläufige Anwendung des Abkommens bis zum 30.04.2021 verlängert worden, erklärte ein Sprecher der britischen Regierung. Die EU hatte um mehr Zeit gebeten, damit das Europäische Parlament das Abkommen prüfen und ratifizieren kann. Ursprünglich sollte die vorläufige Anwendung des Handelsabkommens am 28.02.2021 enden. Das Vereinigte Königreich ratifizierte das Abkommen bereits Ende Dezember. Die EU-Abgeordneten hatten Mitte Januar mit der Prüfung des 1.250 Seiten starken Vertrags begonnen. Auf das Post-Brexit-Abkommen hatten sich beide Seiten am 24.12.2020 nach langem Ringen verständigt. Für einen regulären Ratifizierungsprozess reichte die Zeit bis zum Jahresende nicht mehr aus. Daher sollten die vereinbarten Regeln zunächst bis Ende Februar übergangsweise angewandt werden.

[Schreiben des Vereinigten Königreichs an die EU zur Zustimmung über die Verlängerung](#)



Tödlicher Luftangriff von Kundus 2009: Keine Verletzung der Menschenrechtskonvention

Mit Urteil vom 16.02.2021 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einstimmig entschieden, dass Deutschland in Bezug auf die Untersuchung des durch Oberst *Klein* angeordneten tödlichen Luftangriffs in Kundus vom 04.09.2009 keine Verletzung von Art. 2 (Recht auf Leben) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) begangen habe. Bei dem Luftangriff auf einen von Taliban-Kämpfern entführten Tanklaster war neben den Kämpfern auch eine unbekannte Zahl an Zivilisten, darunter zwei Söhne des Klägers, getötet worden. Der Generalbundesanwalt (GBA) hatte das Ermittlungsverfahren eingestellt, weil Oberst *Klein* zum Zeitpunkt der Anordnung des Luftangriffs davon überzeugt gewesen sei, dass sich in dem Gebiet keine Zivilisten befänden, sondern nur bewaffnete Taliban-Kämpfer, welche ein legitimes militärisches Ziel darstellten. Er habe daher nicht in der Absicht gehandelt, unverhältnismäßige zivile Opfer zu verursachen, was nach den einschlägigen Normen des Völkerstrafgesetzbuches für eine Haftung erforderlich gewesen wäre. Der EGMR stellt nun fest, die Untersuchung des GBA (gefolgt von einer erfolglosen Klage vor dem Bundesverfassungsgericht) sei sorgfältig gewesen, so dass eine Verletzung von Art. 2 nicht vorliege.

[Urteil des EGMR](#)

MEDIEN

Einschränkungen der Medienfreiheit in Ungarn und Slowenien

Am 14.02.2021 ist die Lizenz des ungarischen Radiosenders Klubrádió erloschen, den viele Stimmen als letzten bedeutenden unabhängigen Radiosender des Landes betrachtet haben. Wenige Tage zuvor bestätigte ein Gericht die Entscheidung der ungarischen Medienaufsichtsbehörde – deren Mitglieder vom *Fidesz*-dominierten Parlament gewählt werden –, wonach die Lizenz aufgrund von Verstößen gegen Berichtspflichten zum Programm sowie gegen Vorgaben hinsichtlich des Anteils ungarischer Musik im Programm nicht verlängert werde. Lizenzen anderer Sender, denen entsprechende Verstöße unterlaufen sein sollen, wurden in der Vergangenheit verlängert. Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, *Dunja Mijatović*, sagte: „Ein weiterer trauriger Tag für die Medienfreiheit“. Einstweilen kann Klubrádió nur im Internet senden, die Kommission forderte Ungarn aber bereits auf, die Entscheidung zurückzunehmen.

Währenddessen ist die Kommission auch aufgrund von Berichten über die fortdauernde Einschüchterung von Journalisten in Slowenien – dem Land der nächsten EU-Ratspräsidentschaft – beunruhigt, wie Vizepräsidentin *Věra Jourová* erklärte.

[Artikel in der Deutschen Welle betreffend Klubrádió](#)

[Artikel in der "Welt" betreffend Slowenien](#)

Zuständigkeit polnischer Gerichte bei Holocaust-bezogenem Zeitungsartikel aus Bayern?

In seinem Schlussantrag vom 23.02.2021 plädiert der Generalanwalt am EuGH dafür, dass polnische Gerichte für eine Klage gegen eine deutsche Zeitung wegen behaupteter Persönlichkeitsrechtsverletzung zuständig sein



können – auch wenn der Kläger im Artikel überhaupt nicht genannt ist. In dem auf der Internetseite der Mittelbayerischen Zeitung 2017 veröffentlichten Artikel war für wenige Stunden die Rede vom „polnischen Vernichtungslager Treblinka“. Der Kläger ist ein in Polen lebender Überlebender des KZ Auschwitz, der im Artikel nicht erwähnt wird, sich durch die Formulierung aber in seiner Persönlichkeit verletzt sieht. Laut dem Generalanwalt kommt es für die internationale Zuständigkeit allein darauf an, ob der Verlag hätte vorhersehen können, dass durch den Artikel in Polen ein Schaden entstehen könne; diese Frage sei hier aller Wahrscheinlichkeit nach zu bejahen. Dies sowie die Frage, ob die Persönlichkeitsrechte des Klägers durch den nur kurz veröffentlichten Ausdruck tatsächlich verletzt worden seien, müsse das nationale Gericht entscheiden. Dieses müsse nach der E-Commerce-Richtlinie auch darauf achten, dass die Zeitung nicht strengeren Regelungen unterworfen werde als in ihrem Heimatstaat. Der EuGH ist an das Votum des Generalanwalts nicht gebunden, ein Termin für das Urteil steht noch nicht fest.

[Schlussantrag des Generalanwalts](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Deutschland weist Vorwurf der Nichteinhaltung von EU-Recht wegen Grenzkontrollen zurück

In Reaktion auf die anhaltende Kritik seitens der Kommission an den deutschen Grenzkontrollen an der Grenze zu Tschechien und Tirol wies Staatsminister *Roth* im Vorfeld der informellen Videokonferenz des Rats für Europäische Angelegenheiten am 23.02.2021 den Vorwurf der Nichteinhaltung von EU-Recht zurück. Man habe es, so *Roth*, mit einer sehr gefährlichen Virusmutation zu tun. Österreich selbst habe gegenüber Tirol Isolationsmaßnahmen ergriffen; das gelte ebenso für Tschechien, das die drei besonders betroffenen Kreise selbst mit besonderen Maßnahmen versehen habe. Es würden keine unabgestimmten Schritte vorgenommen, sondern man stehe in einem engen und kontinuierlichen Dialog mit den Nachbarstaaten. Die ergriffenen Maßnahmen müssten zeitlich begrenzt werden; sie würden fortlaufend überprüft. EU-Kommissar *Šefčovič* mahnte erneut die Aufrechterhaltung des Warenverkehrs und eine europaweite Koordinierung an. Die aktualisierte Ratsempfehlung zur Freizügigkeit innerhalb der EU vom 01.02.2021 (EB 03/2021) sei zu beachten. Insbesondere sollten Transportmitarbeiter von der Quarantänepflicht ausgenommen werden, Tests sollten für sie die absolute Ausnahme sein; lediglich in unvermeidbaren Situationen sollten Antigen-Schnelltests zum Einsatz kommen.

Hinsichtlich eines möglichen Einsatzes von Impfpässen zu Reisezwecken verwies die Kommission auf die Einschätzung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), wonach weitere Daten zur Infektiosität trotz Impfung notwendig seien. Die Kommission gebe aber zu bedenken, dass die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit künftig nicht von einem Impfpass abhängig gemacht werden dürfe. Zunächst solle ein Impfpass nur medizinischen Zwecken dienen.

Der Rat für Europäische Angelegenheiten bereitete u. a. die Sitzung des Europäischen Rats am 25./26.02.2021 vor (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Pressestatement Staatsminister *Michael Roth*](#)

[Pressestatement von Vizepräsident *Maroš Šefčovič*](#) (in englischer Sprache)

[Sitzungsergebnisse des Rats für Europäische Angelegenheiten am 23.02.2021](#) (in englischer Sprache)

DATENSCHUTZ

Kommission veröffentlicht Entwürfe zweier Angemessenheitsbeschlüsse für die Datenübermittlung in das Vereinigte Königreich

Am 19.02.2021 leitete die Kommission das Verfahren zur Annahme von zwei Angemessenheitsbeschlüssen ein, die sich auf die Übermittlung personenbezogener Daten in das Vereinigte Königreich beziehen. Die Veröffentlichung der Beschlussentwürfe und deren Übermittlung an den EDSA (Europäischer Datenschutzausschuss) markieren den Beginn des Verfahrens. Nach einer Prüfung des Systems zum Schutz personenbezogener Daten im Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der EU schlussfolgert die Kommission, dass



dort ein Schutzniveau gewährleistet ist, das dem der DSGVO und auch dem der Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung gleichwertig ist.

Bis zur Annahme der Angemessenheitsbeschlüsse ist der Datenfluss zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich durch eine Übergangsregelung sichergestellt, die im Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vereinbart wurde (EB 01/2021). Der Übergangszeitraum endet am 30.06.2021.

[Pressemitteilung der Kommission vom 19.02.2021](#) (samt weiterführenden Links)

EUROPOL

Vorschlag zur Überarbeitung der Europol-VO im LIBE-Ausschuss vorgestellt

Am 24.02.2021 stellte Kommissarin *Johansson* ihren am 09.12.2020 veröffentlichten Verordnungsvorschlag zur Stärkung des Mandats von Europol (EB 20/2020) im federführenden LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) vor. Demnach soll Europol Mitgliedstaaten künftig um Ermittlungen ersuchen können, ohne dass hierfür eine grenzüberschreitende Dimension der zu untersuchenden Straftat notwendig sei; das entspreche einem langjährigen Wunsch des EP. Europol solle Informationen aus Drittstaaten über Verdächtige und ausländische terroristische Kämpfer direkt in das Schengener Informationssystem (SIS) eingeben dürfen; bislang stehe dies nur den Mitgliedstaaten zu. Die eigene Eingabe durch Europol solle aber nur dann erfolgen, wenn kein Mitgliedstaat die Eingabe vorzunehmen beabsichtige und kein Mitgliedstaat der Eingabe durch Europol widerspreche. Damit wolle man den Bedenken der Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Europol soll künftig Informationen auch direkt von Privatparteien entgegennehmen können (insb. bei sexuellem Kindesmissbrauch, aber z. B. auch bei Online-Terrorpropaganda). Weitere wichtige Elemente des Vorschlags seien die Big Data Analyse, Forschung und Innovation, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die parlamentarische Aufsicht über Europol. Der EP-Berichtersteller *Javier Zarzalejos* sagte für die EVP-Fraktion die Unterstützung des Verordnungsvorschlags zu.

[Sitzung des LIBE-Ausschusses vom 24.02.2021](#)

GELDWÄSCHE

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen mangelnder Umsetzung der vierten Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche

Am 18.02.2021 leitete die Kommission u. a. gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren in Bezug auf die Umsetzung der vierten Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche (RL 2015/849) ein, deren Umsetzungsfrist am 27.06.2017 abgelaufen ist. Die Kommission wirft Deutschland vor, grundlegende Aspekte des Rahmens zur Bekämpfung der Geldwäsche angehen zu müssen, wie beispielsweise den ordnungsgemäßen Informationsaustausch mit den zentralen Meldestellen (FIU), die Sorgfaltspflichten bei der Feststellung der Kundenidentität, eine angemessene Zusammenarbeit zwischen den FIU oder die Transparenz der zentralen Register



wirtschaftlicher Eigentümer. Die Bundesregierung hat zwei Monate Zeit, um auf die Vorwürfe zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission vom 18.02.2021](#)

FRONTEX

Europäisches Parlament überprüft Einhaltung der Grundrechte durch Frontex

Einem Beschluss des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments (EP) vom 29.01.2021 folgend, werden künftig 14 Europaabgeordnete – zwei pro Fraktion – im Rahmen einer parlamentarischen Arbeitsgruppe, Frontex Scrutiny Working Group (FSWG), die Arbeitsweise der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, einschließlich der Einhaltung der Grundrechte, überwachen. Die konstituierende Sitzung fand am 23.02.2021 statt, künftig soll die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der EVP-Abgeordneten *Metsola* zweimal im Monat tagen. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe erfolgte im Nachgang zu wiederholten Vorwürfen der Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks (EB 02/2021).

[Pressemitteilung des EP vom 22.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP vom 23.02.2021](#) (in englischer Sprache)

Frontex-Verwaltungsrat verabschiedet neue Grundrechtsstrategie

Der Frontex-Verwaltungsrat verabschiedete am 15.02.2021 eine aktualisierte Grundrechtsstrategie, die die Art und Weise regelt, wie die Agentur Grundrechtsstandards und -prinzipien bei all ihren Aktivitäten anwendet. Sie deckt auch die Verantwortlichkeiten von Teilnehmern an operativen Tätigkeiten von Frontex ab. Die Grundrechtsstrategie wird in einem Aktionsplan konkretisiert werden, der u. a. praktische Grundrechtsgarantien bei operativen Tätigkeiten enthalten soll.

[Pressemitteilung Frontex vom 15.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Frontex Grundrechtsstrategie](#) (in englischer Sprache)

SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR

Richtlinienvorschlag zur Resilienz kritischer Einrichtungen im LIBE-Ausschuss vorgestellt

Die Kommission stellte am 24.02.2021 im federführenden LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) ihren Vorschlag einer Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen vor. Den Vorschlag hatte die Kommission am 16.12.2020 im Rahmen ihres Cybersicherheitspakets veröffentlicht; es beinhaltet außerdem einen Vorschlag zur Überarbeitung der NIS-Richtlinie (sog. NIS2-Richtlinie, EB 20/2020). Während die NIS2-Richtlinie Cyberbedrohungen erfassen sollte, sollte die Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen physische Bedrohungen abdecken. Der Berichterstatter im EP *Michal Šimečka* gab hierzu zu bedenken, es bestehe durch die



Aufspaltung die Gefahr von Doppelarbeit, außerdem werde man so der Gefahr durch hybride Bedrohungen nicht gerecht. Schlüsselemente des neuen Richtlinienvorschlags seien, so die Kommission,

- eine Modernisierung des veralteten Rechtsrahmens aus dem Jahr 2008,
- die Ausweitung des Anwendungsbereichs von derzeit zwei auf dann zehn Sektoren,
- eine Neubewertung von Risikofaktoren,
- gemeinsame Kriterien für eine Reaktion auf Risikofaktoren,
- Berichterstattungspflichten über Vorfälle und identifizierte Schwachstellen in kritischen Einrichtungen, sowie
- die Einführung einer neuen Kategorie „Einrichtungen von besonderer europäischer Bedeutung“ (d. h. Einrichtungen, die in mindestens einem Drittel aller Mitgliedstaaten ihre Dienste anbieten); sie sollen künftig einer europäischen Überwachung unterliegen. Der Schwellenwert wurde vom Berichterstatter *Šimečka* als möglicherweise zu hoch kritisiert.

[Sitzung des LIBE-Ausschusses vom 24.02.2021](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Rat nimmt Verordnung zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen an

Am 15.02.2021 hat der Rat die Änderung der befristeten Verordnung 95/93 zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen angenommen. Bereits am 27.01.2021 hatte der Rat und am 11.02.2021 das Europäische Parlament (EP) seinen jeweiligen Standpunkt festgelegt (EB 02/21). Während die Fluggesellschaften normalerweise 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), soll dieser Schwellenwert auf 50 % gesenkt werden. Die Fluggesellschaften können nun vor Beginn der Sommersaison 2021 die Hälfte der Zeitnischen bis spätestens drei Wochen vor dem geplanten Flug („drei Wochen“-Regel) zurückgeben, müssen allerdings die andere Hälfte der Zeitnischen zu 50 % nutzen, um diese behalten zu dürfen. Für die Wintersaison 2021 / 2022 und die Sommersaison 2022 kann die Kommission weitere delegierte Rechtsakte erlassen, die Mindestnutzungsquoten zwischen 30 % und 70 % – unter Beachtung der „drei Wochen“-Regel – vorsehen. Damit soll flexibel auf das schwankende Flugverkehrsaufkommen reagiert werden. Die neuen Vorschriften gelten ab dem 28.03.2021.

[Pressemitteilung des Rates vom 15.02.2021](#)

[Pressemitteilung des EP vom 11.02.2021](#)

[Verordnung 95/93](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Verordnung zur Verlängerung von Lizenzen im Güterverkehr an

Am 15.02.2021 hat der Rat die Änderung der befristeten Verordnung (EU) 2020/698 zur Verlängerung von Lizenzen im Güterverkehr (Omnibus 2) angenommen. Bereits am 03.02.2021 hatte der Rat und am 11.02.2021 das Europäische Parlament (EP) seinen jeweiligen Standpunkt festgelegt (EB 03/21). Mit den neuen Vorschriften können Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, die zwischen dem 01.09.2020 und dem 30.06.2021 auslaufen, um weitere zehn Monate verlängert werden. Die EU-Mitgliedstaaten sind nicht zur Anwendung der Verlängerungen verpflichtet, müssen aber die Lizenzen, deren Gültigkeit in einem anderen Mitgliedstaat verlängert wurde, für ein Funktionieren des Binnenmarktes akzeptieren. Betroffene Mitgliedstaaten können die Kommission auch um eine weitere Verlängerung ersuchen, wenn damit keine unverhältnismäßigen Risiken für die Verkehrssicherheit verbunden sind. Die Verordnung tritt einen Tag nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates vom 15.02.2021](#)

[Pressemitteilung des EP vom 11.02.2021](#)

[Verordnung \(EU\) 2020/698](#) (in englischer Sprache)



VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Kommission führt Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz durch

Bis zum 05.05.2021 führt die Kommission eine Befragung zur Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 über die Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) durch. Bereits am 18.12.2020 hatte die Kommission eine entsprechende Befragung zum Fahrplan durchgeführt (EB 19/20). Ziel ist es, die Entwicklung einer vernetzten Infrastruktur für den Luft-, Straßen-, Schienen- und Seeverkehr mit EU-Mitteln der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) zu unterstützen. Grundlage hierfür sind die Leitlinien aus dem Jahr 2013, die nun aktualisiert werden sollen. Laut Fahrplan soll der Verordnungsvorschlag im zweiten Quartal 2021 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EG\) Nr. 1315/2013](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Befragung zur Übermittlung der CO₂-Emissionswerte für neue schwere Nutzfahrzeuge durch

Bis zum 18.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zu einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2018/956 über die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen für neue schwere Nutzfahrzeuge durch. Bereits am 12.01.2021 hatte die Kommission eine Konsultation zur Berechnung der CO₂-Emissionen für schwere Nutzfahrzeuge durchgeführt (EB 20/20). Die Fahrzeughersteller müssen die CO₂-Emissionswerte unter realen Fahrbedingungen den nationalen Behörden übermitteln. Diese werden von den EU-Mitgliedstaaten an die Kommission gemeldet, damit die Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der EU überwacht werden kann. Die hierfür benötigten Angaben sollen in der delegierten Verordnung geregelt werden. Eine Annahme durch die Kommission ist für zweites Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/956](#)

Kommission führt Befragung zur Fahrzeugsicherheit durch

Bis zum 08.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zu einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen durch. Bereits am 11.08.2020 hatte die Kommission zwei Befragungen zur Fahrzeugsicherheit durchgeführt (EB 13/20). Ziel ist es, die Prüfverfahren und technischen Anforderungen für die Zulassung von Fahrzeugen, die mit fortschrittlichen Sicherheitsmerkmalen ausgestattet sind, festzulegen.

Alle ab Mai 2022 verkauften Neufahrzeuge müssen über fortschrittliche Sicherheitsmerkmale verfügen, wie Fahrerassistenzsysteme, Notbremslichter, Rückfahrkamera oder Alkohol-Wegfahrsperrung. Für letztere ist eine



eigene delegierte Verordnung geplant, zu der aktuell eine Befragung bis zum 03.03.2021 läuft. Eine Annahme durch die Kommission ist für viertes Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Konsultation der Kommission zu Alkohol-Wegfahrsperrern](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/2144](#)

Kommission führt Befragung zur Qualifikation von Kraftverkehrsfahrern durch

Bis zum 31.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zu einem Vorschlag für eine Richtlinie zur Überarbeitung der Richtlinie 2003/59/EG über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr durch. Ziel ist es, die Qualität für den Beruf des Kraftfahrers durch Qualifikationen und Weiterbildungen zu sichern. Die Vorschriften sollen klarer und übersichtlicher kodifiziert werden. Laut Vorschlag soll die Richtlinie zum 24.05.2021 in Kraft treten.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2003/59/EG](#)

BINNENSCHIFFFAHRT

Kommission verlängert Befragung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschiffahrt

Bis zum 21.04.2021 hat die Kommission ihre Befragung zur Richtlinie (EU) 2017/2397 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschiffahrt verlängert. Bereits am 16.12.2020 hatte die Kommission eine entsprechende Befragung zum Fahrplan durchgeführt (EB 19/20). Ziel der Änderung ist es, die Anerkennung von Urkunden aus Drittstaaten für einen begrenzten Zeitraum weiter zu verlängern. Perspektivisch könnten diese Übergangsbestimmungen auch für in Nicht-EU-Staaten ausgestellte Urkunden künftig gelten. Laut Fahrplan möchte die Kommission im Anschluss an die Befragung einen geänderten Richtlinienvorschlag vorlegen.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie \(EU\) 2017/2397](#)

LUFTVERKEHR

Kommission führt Konsultation zu Computerreservierungssystemen im Luftverkehr durch

Bis zum 18.05.2021 führt die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 80/2009 über einen Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme (CRS) im Luftverkehr durch. Bereits am 09.07.2020 hatte die Kommission eine entsprechende Befragung zum Fahrplan durchgeführt (EB 13/20).



Ziel ist es, die EU-Vorschriften zum Vertrieb von Flugtickets über CRS auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Laut Fahrplan soll der Verordnungsvorschlag im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EG\) Nr. 80/2009](#)

BAUEN UND WOHNEN

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Dezember 2020 in der EU

Bis zum 22.03.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur Überarbeitung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden durch. Ziel ist es, die Richtlinie auf ihre Zweckmäßigkeit bei der Umsetzung der „Renovierungswelle“ hin zu überprüfen. Diese sieht eine Verdoppelung der jährlichen Renovierungsquote bis 2030 vor. Die Überarbeitung soll sich auf die zentralen Bestimmungen zur Förderung der Gebäuderenovierung fokussieren. Für das zweite Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation geplant. Laut Fahrplan soll der Richtlinienvorschlag im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)

[Richtlinie 2010/31/EU](#)

Kommission führt Befragung zur Überarbeitung der Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie durch

Am 17.02.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Dezember 2020 in der EU veröffentlicht (EB 02/21). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber Dezember 2019 um -2,1 %. Die Bautätigkeit sank im Tiefbau um -4,2 % und im Hochbau um -1,5 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+11,5 %), Deutschland (+2,2 %) und den Niederlanden (+0,7 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Belgien (-13,0 %), Tschechien (-12,4 %) und Frankreich (-9,7 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Offenlegung von Ertragssteuerinformationen: Öffentliche Aussprache im Rat

Bei der informellen Videokonferenz des Rats für Wettbewerbsfähigkeit fand am 25.02.2021 eine öffentliche Aussprache zur Offenlegung von Ertragssteuerinformationen („öffentliches Country-by-Country-Reporting“) statt. Bereits im April 2016 hatte die Kommission eine Änderung der Bilanz-Richtlinie bei Offenlegung von Ertragssteuerinformationen vorgeschlagen. Ziel ist es, durch mehr Transparenz bei den Unternehmen eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, ob Steuern dort gezahlt werden, wo Gewinne entstehen. Das Europäische Parlament fand im März 2019 zu seiner Position. Eine deutliche Mehrheit der Mitgliedstaaten signalisierte Unterstützung für den jüngsten Vorschlag der portugiesischen Präsidentschaft. Deutschland legte weiterhin Prüfvorbehalt ein, da die Abstimmung noch andauere. Kritik gab es von Seiten einiger Mitgliedstaaten mit Blick auf die Rechtsgrundlage. Eine formelle Abstimmung war nicht möglich, da der Rat als Videokonferenz stattfand. Nach der Aussprache kam die portugiesische Ratspräsidentschaft zu dem Schluss, dass es ausreichend politische Unterstützung dafür gibt, dass sich der Vorsitz um ein Verhandlungsmandat bemüht.

[Zur Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

[Zum jüngsten Kompromissvorschlag der portugiesischen Präsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Erweiterung der EU-Straftatenliste

Wie bereits im Arbeitsprogramm der Kommission 2021 angekündigt, veröffentlichte die Kommission am 23.02.2021 einen Fahrplan für eine Initiative, mit der die Straftatenliste der EU um „Hetze und Hasskriminalität“ erweitert werden soll (vgl. Art. 83 Abs. 1 AEUV). Ein entsprechender Vorschlag soll im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden. Bis 20.04.2021 können Rückmeldungen zum Fahrplan abgegeben werden. Für eine Erweiterung bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Rats mit Zustimmung des Europäischen Parlaments. Die angekündigte Erweiterung der EU-Straftatenliste hätte zur Folge, dass in einem zweiten Schritt durch Richtlinien Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in diesem Bereich erlassen werden könnten.

[Zur Initiative der Kommission](#)

Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft und Eurojust

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) und die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) unterzeichneten eine Arbeitsvereinbarung, welche die Modalitäten ihrer Zusammenarbeit regelt. Die Vereinbarung trat am 12.02.2021 in Kraft. Darin wird u. a. der Informationsaustausch geregelt, ebenso wie die Unterstützung der EuStA durch Eurojust bei Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten, die sich nicht an der EuStA beteiligen sowie von Drittstaaten. Zudem wurde vereinbart, Verbindungsteams einzurichten. Auch der Austausch strategischer Informationen und die gemeinsame Teilnahme an Schulungen sind vorgesehen. Besondere Aufmerksamkeit sei dem Datenschutz gewidmet worden. Bereits im Januar kam



es zu einer Vereinbarung zwischen der EUSa und Europol (EB 02/21). Eine weitere Arbeitsvereinbarung ist zwischen der EUSa und OLAF geplant. Es wird erwartet, dass die EUSa im ersten Halbjahr 2021 ihre Tätigkeit aufnehmen wird.

[Pressemitteilung EUSa vom 15.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung Eurojust vom 15.02.2021](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsvereinbarung](#)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Neuen Verbraucheragenda an

Der Rat nahm am 22.02.2021 Schlussfolgerungen zu Neuen Verbraucheragenda an, die die Kommission Mitte November veröffentlicht hatte. Der Rat begrüßt die Absicht der Kommission, das „Recht auf Reparatur“ zu stärken, welches auch nach Ablauf der Garantiefrist gelten soll. Ferner wird die Ankündigung der Kommission unterstützt, die Produktsicherheitsrichtlinie zu überarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Rückruf-, Durchsetzungs- und Rückverfolgbarkeitssysteme verbessert werden. Der Rat begrüßt zudem die angekündigte Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie und der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen. Hier sollen insbesondere die Anforderungen in Bezug auf Kreditwürdigkeit präzisiert werden. Der Rat unterstreicht zudem die Notwendigkeit, im Bereich der Digitalisierung Kohärenz mit den jüngsten Vorschlägen wie dem „Digital Services Act“ herzustellen (siehe auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Ratsschlussfolgerungen](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Digitalisierung der Justiz

Am 16.02.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zur „Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten – Nutzung digitaler Technologien“. Die Konsultation richtet sich insbesondere auch an Justizbehörden. Bis 11.05.2021 sind Rückmeldungen möglich. Im vierten Quartal 2021 will die Kommission einen Verordnungsvorschlag hierzu vorzulegen. Die Kommission hatte diesen Vorschlag bereits im Dezember 2020 in einer Mitteilung zur Digitalisierung der Justiz angekündigt. Insbesondere geht es dabei um die Festlegung der digitalen Kommunikation als Standardoption für die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit. Zudem sollen auch der Informationszugang und die IT-Instrumente für den Austausch der Justiz zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden. Justizkommissar *Reynders* betonte, dass die COVID-19-Pandemie noch einmal deutlich gemacht habe, wie wichtig die Digitalisierung auch im Bereich der Justiz sei.

[Zur Konsultation](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Pressemitteilung der Kommission zur Digitalisierung der Justiz vom 16.02.2021](#)



Europäischer Haftbefehl: Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein

Am 18.02.2021 beschloss die Kommission, ein Aufforderungsschreiben an Deutschland zu richten, da der Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl nicht ordnungsgemäß in nationales Gesetz umgesetzt worden sei. Ebenso wie Schweden und Zypern wirft die Kommission auch Deutschland vor, seine Staatsangehörigen im Vergleich zu Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten bevorzugt zu behandeln und zusätzliche Gründe für die Ablehnung von Europäischen Haftbefehlen vorzusehen, die nicht im Rahmenbeschluss aufgeführt sind. Die Bundesregierung hat nun zwei Monate Zeit, um auf die Vorwürfe zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission in einem nächsten Schritt eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Gerichtshof der EU: Ernennung von fünf Richterinnen und Richtern und einer Generalanwältin

Am 19.02.2021 haben Regierungsvertreter eine Richterin, drei Richter und eine Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie einen Richter am Gericht der Europäischen Union (EuG) ernannt. *Octavia Spineanu-Matei* aus Rumänien und *Miroslav Gavalec* aus der Slowakei wurden für ihre erste Amtszeit als Richterin bzw. Richter beim EuGH ernannt. Wiederbestellt für eine weitere Amtszeit als Richter am EuGH wurden *Niilo Jääskinen* aus Finnland und *Lars Bay Larsen* aus Dänemark. *Juliane Kokott* aus Deutschland wurde für eine weitere Amtszeit als EuGH-Generalanwältin ernannt. Für alle fünf Posten beginnt die Amtszeit am 07.10.2021 und geht bis zum 06.10.2027. Ferner wurde *David Petrлік* aus Tschechien bis zum 31.08.2025 als Nachfolger für *Jan Passer* zum Richter am EuG ernannt.

[Pressemitteilung des Rats](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Rat der Europäischen Union verabschiedet Entschließung zu strategischem Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (2021 - 2030)

Der Rat der Europäischen Union hat am 18.02.2021 im schriftlichen Verfahren eine „Entschließung zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021 - 2030)“ angenommen. Die Entschließung zielt als Nachfolger des bisherigen strategischen Rahmens „ET (Education and Training) 2020“ auf die Festlegung thematischer Schwerpunkte und struktureller Rahmenbedingungen für die europäische Bildungszusammenarbeit im Wege der Methode der offenen Koordinierung. Prioritäre Handlungsfelder der Zusammenarbeit sind u. a. die Verbesserung von Qualität und Chancengleichheit, die Förderung von lebenslangem Lernen und Mobilität, die Stärkung der europäischen Hochschulbildung, die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels und die Verbesserung von Ausbildung und Wertschätzung der Lehrkräfte. Die Entschließung enthält darüber hinaus konkrete Maßnahmenvorschläge für alle Prioritäten sowie einige indikative Ziele auf EU-Ebene. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf dem Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie der Entwicklung von Hilfestellungen für politische Reformen in den Mitgliedstaaten. Gleichzeitig enthält die Entschließung erste Überlegungen für eine im Detail noch auszuarbeitende vollständig neue Governance-Struktur des Europäischen Bildungsraums ab 2025.

[Entschließung des Rates](#) (in englischer Sprache)

Informelle Videokonferenz: EU-Bildungsminister/innen tauschten sich zu den Themen Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung aus

Am 19.02.2021 tauschten sich die EU-Bildungsminister/innen in einer informellen Videokonferenz zu den Themen Chancengleichheit, Inklusion und Bildungserfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung aus: Bildung sei die entscheidende Grundlage, um allen Bürgerinnen und Bürgern Europas die notwendigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt und die Herausforderungen der Zukunft zu vermitteln und damit die Basis auch für die soziale Kohäsion in Europa zu legen. Insoweit sei der Europäische Bildungsraum ein wichtiger Baustein zur Förderung von Mobilität und des sozialen Zusammenhalts in Europa, der – unter voller Wahrung des Subsidiaritätsprinzips – ausgebaut und weiterentwickelt werden müsse. Die Notwendigkeit, Kindern und Erwachsenen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Einwanderern und Flüchtlingen sowie Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, den Zugang zu Bildung zu erleichtern, wurde besonders betont. Die Präsidentschaft kündigte im Anschluss an die Debatte die Vorbereitung von Ratschlussfolgerungen zu diesem Thema für die Sitzung des Ministerrates im Mai 2021 an.

Darüber hinaus informierte die Präsidentschaft über die vom Rat am 18.02.2021 im schriftlichen Verfahren verabschiedete „Entschließung zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 04/2021 vom 26.02.2021**



hinaus (2021 - 2030)“ sowie deren Initiative zur Schaffung einer Online-Plattform als Basis für einen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten zu deren Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie in der allgemeinen und beruflichen Bildung.

[Sitzungsinformationen des Rates der Europäischen Union](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Arbeitsprogramm 2021 des Europäischen Forschungsrates (ERC) vorgelegt

Die Kommission hat am 22.02.2021 das erste Arbeitsprogramm für den ERC unter dem neuen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa vorgelegt. Dem ERC stehen danach für das Jahr 2021 rund 1,9 Mrd. € zur Verfügung, um exzellente und bahnbrechende Grundlagenforschung europäischer Spitzenforscherinnen und -forscher zu fördern.

Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms werden jetzt nach und nach die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die verschiedenen Grants veröffentlicht. Den Anfang macht die Ausschreibung für den Starting Grant, die am 25.02. öffnet. Es folgen der Consolidator Grant am 11.03. sowie der Advanced Grant am 20.05.2021. Synergy Grants werden wegen des Übergangs auf Horizont Europa nicht dieses Jahr, sondern erst wieder im Rahmen des Arbeitsprogramms 2022 vergeben. Die Proof of Concept-Grants werden derzeit vom Wissenschaftlichen Rat des ERC überprüft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsprogramm 2021 des ERC](#) (in englischer Sprache)

Kommission schlägt zehn neue Partnerschaften unter Horizont Europa vor

Die Kommission hat am 23.02.2021 vorgeschlagen, zehn neue Partnerschaften zwischen der EU und den Mitgliedstaaten bzw. der Industrie zu gründen. Partnerschaften sind ein wichtiges Instrument des neuen Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Sie sollen sektorenübergreifend die Entwicklung und Einführung neuer innovativer Lösungen fördern, um den Übergang zu einem grünen, klimaneutralen und digitalen Europa zu beschleunigen. Die Partnerschaften stehen einer breiten Palette öffentlicher und privater Partner offen (u. a. Industrie, Hochschulen, Forschungsorganisationen).

Die jetzt vorgeschlagenen zehn Partnerschaften gehören zur Kategorie der sog. institutionellen Partnerschaften, die in aller Regel auf Gemeinsamen Unternehmen (Joint Undertakings) nach Art. 187 AEUV beruhen. Hierfür wird die Kommission rund 10 Mrd. € bereitstellen, die von den Partnern um mindestens denselben Betrag aufgestockt werden sollen. Sie sollen sich mit folgenden Themen befassen:

- Globale Gesundheitspolitik;
- Initiative zu Innovation im Gesundheitswesen;
- Digitale Schlüsseltechnologien;
- Kreislaforientiertes biobasiertes Europa;
- Sauberer Wasserstoff;



- Saubere Luftfahrt;
- Europas Eisenbahnen;
- Forschung zum Flugverkehrsmanagement im einheitlichen europäischen Luftraum;
- Intelligente Netze und Dienste;
- Metrologie.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

European Research & Innovation Days finden am 23./24.06.2021 statt

Die Kommission hat bekanntgegeben, dass die dritte Ausgabe der „European Research & Innovation Days“ in diesem Jahr am 23. und 24.06.2021 stattfinden wird. Wegen der anhaltenden Corona-Beschränkungen wird die Konferenz wie im vergangenen Jahr rein virtuell durchgeführt. Sie richtet sich wieder an Interessierte aus Politik, Forschung, Wirtschaft und der breiten Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt wird diesmal der Start des neuen Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa stehen. Auch gemeinsame Initiativen zur Stärkung des Europäischen Forschungsraums werden breiten Raum einnehmen, genauso wie die Bedeutung von Forschung und Innovation für die Überwindung der Corona-Pandemie und den grünen und digitalen Wandel.

Die Anmeldung ist noch nicht freigeschaltet, auf der Webseite der Konferenz kann man sich aber schon jetzt über neueste Entwicklungen bzw. über die wichtigsten Ergebnisse der Konferenzen der letzten beiden Jahre informieren.

[Website der Konferenz](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Rat für Wirtschaft und Finanzen, 16.02.2021: Konjunkturprognose, Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds und Finanzstabilität

Im Anschluss an die Euro-Gruppe am 15.02.2021 (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) [berieten sich](#) am 16.02. die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), wieder unter Vorsitz von Portugals Finanzminister als informelle Videokonferenz. Es ging insbesondere um verschiedene Aspekte der wirtschaftlichen Erholung in der EU: den Wiederaufbaufonds, das Kreditprogramm zur Finanzierung von Kurzarbeit und die Konjunkturaussichten. Im Zentrum standen die jüngste [Kommissionsprognose](#) mit aktualisiertem Konjunktur- und Inflationsausblick sowie Ausführungen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Stabilität des Finanzsystems. Laut Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* entwickelte sich die Wirtschaft um den Jahreswechsel nur schwach. Mit den nun beginnenden Massenimpfungen zeichne sich aber in allen Mitgliedstaaten eine deutliche wirtschaftliche Erholung in den kommenden beiden Jahren ab. EZB-Vizepräsident *Luis de Guindos* benannte als die z. Zt. zentralen Risiken für die Finanzstabilität die weiter schwache Ertragslage der Banken und das Risiko negativer Wechselwirkungen zwischen Banken-, Unternehmens- und öffentlichem Sektor. Zudem stellten einige Mitgliedstaaten ihre Konzepte für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne vor, und die Kommission informierte über die geplante Finanzierungsstrategie für den [Wiederaufbaufonds](#) „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Mrd. €.

EU-HAUSHALT

EU-Wiederaufbaufonds: Aufbau- und Resilienzfazilität mit 672,5 € an Fördermitteln in Kraft

Nach der Annahme durch das [Europäische Parlament](#) und den [Rat](#) trat die [Verordnung](#) zur Einrichtung der neuen Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) in Höhe von 672,5 Mrd. € am 19.02.2021 in Kraft. Damit ist das Kernstück des EU-Wiederaufbauinstruments „[Next Generation EU](#)“ (NGEU) – Gesamthöhe 750 Mrd. € – nun aktiv, und die Mitgliedstaaten können bei der Kommission offiziell ihren jeweiligen [nationalen](#) Aufbau- und Resilienzplan einreichen. Dies müssen sie bis spätestens 30.04. tun, um von den Zuschüssen in Höhe von insgesamt 315,5 Mrd. € und den Darlehen über 360 Mrd. € (2018-Preise) profitieren zu können. Nach Abgabe der Pläne hat die Kommission grundsätzlich max. zwei Monate Zeit, um sie zu bewerten. Anschließend soll der Rat innerhalb weiterer vier Wochen seine Entscheidung über die endgültige Genehmigung des jeweiligen Plans treffen. Deutschland soll laut Kommission aus der ARF knapp 23 Mrd. € an [Zuschüssen](#) erhalten können (2018-Preise), daneben wären Darlehen möglich. Zur Finanzierungsstrategie für NGEU plant die Kommission, im April eine Mitteilung über ihre Anleihe- und Darlehenstransaktionen zu veröffentlichen. Rechtsgrundlage für die geplante Kapitalaufnahme an den Finanzmärkten durch die Kommission im Namen der EU ist der sog. Eigenmittelbeschluss. Diesen müssen alle 27 Mitgliedstaaten gem. ihrem Verfassungsrecht ratifizieren. Bisher ist dies in sieben Ländern [geschehen](#), in den anderen soll der Prozess nach Plan verlaufen.



EU-Jahreshaushalt für 2022: Rat beschließt Leitlinien

Im Anschluss an die informelle [Videokonferenz](#) des Rates für Wirtschaft und Finanzen am 16.02.2021 (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) nahm der Rat im schriftlichen Verfahren seine [Schlussfolgerungen](#) zu den EU-Haushaltsleitlinien für das Jahr 2022 an. Danach soll auch der Jahreshaushalt 2022 zur Erholung der europäischen Wirtschaft nach der COVID-19-Pandemie beitragen – aufgestockt durch die Gelder aus dem befristeten Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU). Der Haushaltsplan 2022 spielt laut Rat zudem bei der Festlegung sowie Verwirklichung der von der EU vereinbarten langfristigen Ziele und politischen Prioritäten eine wichtige Rolle. Die Ratschlussfolgerungen betonen daher, bei der Aufstellung und Ausführung des Jahreshaushalts 2022 müssten alle Elemente des Mehrjährigen EU-Finanzrahmens für die Jahre 2021 - 2027 (MFR) beachtet werden. Außerdem solle der Haushalt 2022 innerhalb der MFR-Obergrenzen Spielräume lassen, um auf Unvorhergesehenes reagieren zu können. Mehrfach fordert der Rat, auf Transparenz zu achten – nicht zuletzt wegen der im Rahmen von NGEU zur Verfügung zu stellenden Mittel. Der Jahresplan sei darüber hinaus insbesondere im Einklang mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung aufzustellen. Die Kommission wird aufgefordert, den Haushaltsentwurf so bald wie möglich vorzulegen, damit Rat und nationale Parlamente genug Zeit für eine eingehende Prüfung hätten.

STEUER

„Schwarze“ Liste von Steueroasen: Rat nimmt Überarbeitung an und Dominica als nicht kooperatives Land auf

Am 22.02.2021 [nahm](#) der Rat seine [Schlussfolgerungen](#) zur überarbeiteten EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke an. Dabei beschloss er, Dominica in die sog. „schwarze“ Liste – Anhang I der Schlussfolgerungen – aufzunehmen und Barbados davon zu streichen. Nun befinden sich zwölf Länder und Gebiete auf dieser Liste: Amerikanisch-Samoa, Anguilla, Dominica, Fidschi, Guam, Palau, Panama, Samoa, die Seychellen, Trinidad und Tobago, die Amerikanischen Jungferninseln und Vanuatu. Darüber hinaus haben sich neun Länder und Gebiete dazu verpflichtet, ihre Steuerpolitik zu reformieren, und sind daher derzeit in der sog. „grauen“ Liste – Anhang II der Schlussfolgerungen – aufgeführt: Australien, Barbados, Botsuana, Eswatini, Jamaika, Jordanien, Malediven, Thailand und die Türkei. Die [Gesamtliste](#) enthält Länder und Gebiete in der ganzen Welt, die entweder keinen konstruktiven Dialog mit der EU über verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich aufgenommen haben oder ihren Verpflichtungen zur Reformumsetzung nicht nachgekommen sind. Kriterien sind hierbei Steuertransparenz, -gerechtigkeit und die Umsetzung internationaler Standards, die Gewinnverkürzung und -verlagerung verhindern sollen. Die Ratsbeschlüsse [bereitet](#) die Gruppe „Verhaltenskodex“ vor, die auch für die Überwachung steuerlicher Maßnahmen in den Mitgliedstaaten zuständig ist.



Parlamentsausschuss debattiert den Stand der Dinge bei Steuergestaltungen wie „CumEx“

Zwei Jahre nach dem Skandal um die sog. [CumEx-Dateien](#) zog der [Steuerunterausschuss](#) des Europäischen Parlaments (FISC) am 24.02.2021 mit Experten [aktuelle Bilanz](#) zu dieser Art von Steuergestaltungen. Es ging dabei um eine Bestandsaufnahme zu speziellen Modellen wie „CumEx“ und „CumCum“ sowie allgemeiner zu Quellensteuer-Rückforderungssystemen in der EU. Infolge von CumEx-Geschäften über europäische Banken sollen 11 Mitgliedstaaten in 15 Jahren mehr als 55 Mrd. € an Steuern auf Aktiendividenden entgangen sein. Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments hatte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (*European Securities and Markets Authority*, ESMA) die Strukturen untersucht. Danach fallen diese Steuermodelle in den Zuständigkeitsbereich der EU-Steuerpolitik. Es sollte eine gesetzgeberische und aufsichtsrechtliche Reaktion angestrebt werden, u. a. zur Beseitigung rechtlicher Beschränkungen für den Informationsaustausch zwischen Behörden, erklärte der Leiter der ESMA-Abteilung für Märkte und Datenmeldungen im FISC. Laut Prof. *Christoph Spengel*, Universität Mannheim, sind CumEx-Steuergestaltungen nicht ganz verschwunden, zumindest nicht in Deutschland: Es sei dort weiter möglich, eine Erstattung der Quellensteuer auf Dividenden zu erhalten, auch wenn diese nicht bezahlt würden. MdEP *Sven Giegold* (Grüne/EFA, DEU) betonte, man müsse dieses Phänomen untersuchen, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart.

Neue Mehrwertsteuer-Regeln im elektronischen Handel: Kommission startet öffentliche Konsultation

Am 18.02.2021 [veröffentlichte](#) die Kommission einen Entwurf zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2020/194 für die Mehrwertsteuer (MwSt) im elektronischen Handel und leitete dazu eine öffentliche Konsultation ein. Sie endet am 18.03., und die Teilnahme ist per [Online-Fragebogen](#) möglich. Die neue Durchführungsverordnung soll laut Kommission die Regeln für die Kontrolle von Umsätzen, die im Rahmen der MwSt-Sonderregeln für den elektronischen Handel erfasst werden, präzisieren. So sollen Steuerpflichtige, die eine dieser Sonderregeln in Anspruch nehmen, oder ihre Vermittler für eine leichtere Informationsübermittlung an den Mitgliedstaat, in dem sie ansässig sind (sog. Mitgliedstaat der Identifizierung), ein Standardformular in lesbarem Format verwenden können. Der Mitgliedstaat, in dem der Steuerpflichtige Waren liefert oder Dienste leistet (Mitgliedstaat des Verbrauchs), soll in dem Formular u. a. den Namen des Steuerpflichtigen und ggf. des Vermittlers, die vom Mitgliedstaat der Identifizierung zugeteilte Identifikationsnummer, die Steuerzeiträume und die Art der beantragten Registrierungen erfassen. Zur leichteren Kontrolle und Prüfung sieht der Kommissionsentwurf auch vor, dass die Mitgliedstaaten die Kontaktdaten der Personen austauschen, die dort jeweils für die Koordinierung dieser MwSt-Angelegenheiten zuständig sind. Den Vorschlag zur Änderung der Durchführungsverordnung plant die Kommission wohl für das vierte Jahresquartal.



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Tagung der Euro-Gruppe, 15.02.2021: Debatte über Konjunkturprognose, Wirtschaftsförderung und die internationale Rolle des Euro

Am 15.02.2021 [berieten sich](#) die 19 Finanz- und Wirtschaftsminister des Euroraums (Euro-Gruppe), erneut per Videokonferenz. Sie diskutierten anhand der [Winterprognose 2021](#) der Kommission (EB 03/21) die makroökonomische Entwicklung des Euroraums. Erwartet wird 2021 und 2022 ein Wachstum um jeweils 3,8 %. Die Kommission prognostiziert nun für den Euroraum und die EU eine frühere Rückkehr zum Vorkrisenniveau als noch laut [Herbstprognose 2020](#). Euro-Gruppen-Präsident *Paschal Donohoe* [betonte](#), es bestehe aber weiter großer Bedarf, die geld- und haushaltspolitischen Anstrengungen zu koordinieren; die künftigen Euro-Gruppen sollen sich dazu weiter [regelmäßig austauschen](#). Auf Basis eines [Kommissionsvermerks](#) erörterte die Euro-Gruppe die jüngsten Entwicklungen im Unternehmenssektor. Anlass war die weitreichende pandemiebedingte Unterstützung der nationalen Regierungen für die Wirtschaft. Die Minister möchten die Entwicklungen und die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen eng verfolgen, um weitere Schritte zu besprechen. Dies könnten etwa zusätzliche Unterstützung oder die Anpassung der Insolvenzregeln sein. Dabei sei 2021 das Tempo des Impfstoffeinsatzes entscheidend. Zur internationalen Rolle des Euro sei Ziel, die Abhängigkeit von anderen Währungen zu verringern und Autonomie sowie Widerstandsfähigkeit in verschiedenen Situationen zu stärken. Dazu könne u. U. auch die Emission „grüner“ Anleihen beitragen.

Europäische Zentralbank veröffentlicht Jahresabschluss für 2020: Überschuss in Höhe von 1,64 Mrd. €

Am 18.02.2021 [veröffentlichte](#) die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrem geprüften [Abschluss für 2020](#) einen Jahresüberschuss von 1,64 Mrd. € – gegenüber 2,37 Mrd. € im Jahr 2019. Dieser werde in voller Höhe an die nationalen Zentralbanken verteilt, also u. a. auch an die Bundesbank. Der Rückgang von 722 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr sei hauptsächlich auf geringere Nettozinserträge aus Währungsreserven und aus zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Wertpapieren zurückzuführen: So gingen diese Zinserträge aus Währungsreserven wegen der geringeren Erträge aus dem US-Dollar-Portfolio laut Abschluss auf 474 Mio. € zurück (2019: 1,05 Mrd. €), und aus den o. g. Wertpapieren lagen sie bei 1,34 Mrd. € (2019: 1,45 Mrd. €). Zudem seien nach einem Beschluss des EZB-Rats der Rückstellung für finanzielle Risiken 48 Mio. € zugeführt worden. Die Bilanzsumme der EZB stieg laut Abschluss auf 569 Mrd. € (2019: 457 Mrd. €). Die Bestände des Eurosystems an zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Wertpapieren hätten sich im Vergleich zum Jahr 2019 um 1,06 Bio. € auf 3,69 Bio. € erhöht. Dabei seien die Bestände der im Rahmen des Anleihekaufprogramms (*Asset Purchase Programme*, APP) erworbenen Wertpapiere um 330 Mrd. € auf 2,91 Bio. € gestiegen, und die Ankäufe im Rahmen des 2020 neu geschaffenen Pandemie-Notfallkaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) hätten 754 Mrd. € betragen.



Kommission veröffentlicht Überwachungsbericht für Griechenland: Wegen COVID-19-Pandemie verlangsamte Reformdynamik

Am 24.02.2021 nahm die Kommission den [neunten verstärkten Überwachungsbericht für Griechenland](#) an. Die vierteljährlichen Berichte erfolgen im Kontext des verstärkten Überwachungsrahmens, der dazu dienen soll, die Erfüllung der Reformverpflichtungen Griechenlands nach dem Abschluss des Finanzhilfeprogramms im August 2018 zu unterstützen. Nach dem aktuellen Bericht ist Griechenland bei der Umsetzung einer Reihe von Reformverpflichtungen gut vorangekommen, jedoch hat sich die Reformdynamik vor dem Hintergrund der Probleme durch die COVID-19-Pandemie insgesamt verlangsamt. In Schlüsselbereichen sei mit Griechenland eine Reihe detaillierter Fahrpläne vereinbart worden, um im Vorfeld des zehnten Überwachungsberichts im Mai entscheidende Fortschritte zu fördern. Denn der nächste Bericht soll der Euro-Gruppe als Grundlage für die Entscheidung über die Freigabe des nächsten Pakets von Schuldenerleichterungsmaßnahmen dienen. Die Kommission hebt weiter hervor, sie befinde sich im kontinuierlichen und konstruktiven Dialog mit den griechischen Behörden über die Ausarbeitung des nationalen Konjunkturprogramms. Dieses werde Reformen und öffentliche Investitionsprojekte festlegen, die die neue [EU-Aufbau- und Resilienzfazilität](#) (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) unterstützen soll. Die verstärkte Überwachung Griechenlands wird laut Kommission parallel zur Fazilität fortgesetzt.

FINANZMARKT

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken berichtet zu Folgen der COVID-19-Maßnahmen für die Finanzstabilität

Am 16.02.2021 [veröffentlichte](#) der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (*European Systemic Risk Board*, ESRB) einen [Bericht](#) über die Auswirkungen der COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz der Realwirtschaft auf die Finanzstabilität. Danach haben die fiskalischen Maßnahmen zur Unterstützung der Realwirtschaft die Kreditvergabe stabilisiert, und das Finanzsystem funktioniert weiterhin. Da laut ESRB jedoch noch Risiken bestehen, zeigt der Bericht auch politische Prioritäten für die Ausgestaltung und Dauer der Maßnahmen, eine verbesserte Transparenz und Berichterstattung sowie die Vorbereitung auf weitere negative Szenarien auf. Je länger die Krise andauere und je schwächer die wirtschaftliche Erholung sei, desto größer sei das Risiko, dass Verluste im nichtfinanziellen Sektor auf den Finanzbereich übergreifen. Der ESRB empfiehlt daher, die nationalen und EU-Maßnahmen hinsichtlich verschiedener Politikbereiche zu koordinieren. Der aktuelle ESRB-Bericht liefert die erste Bewertung der Folgen der krisenbedingten Fiskalmaßnahmen auf die Finanzstabilität in 31 ESRB-[Mitgliedsländern](#). Ihre Behörden meldeten laut ESRB Unterstützungspakete infolge der Pandemie von rund 14 % des kombinierten BIP der Mitgliedsländer – mehr als 2,4 Bio. €. Diese umfassen öffentliche Kreditgarantien, Darlehen, direkte Zuschüsse und Steuermaßnahmen. Bis September 2020 habe die Inanspruchnahme der Programme bei ca. 4 % des kombinierten BIP gelegen.



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNEMARKT UND INDUSTRIE

Kommission legt Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie vor

Die Kommission hat am 22.02.2021 einen Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie vorgelegt. Der Aktionsplan soll u. a. zur Stärkung der technologischen Souveränität Europas und seiner industriellen Basis beitragen und Innovationen fördern. Ziel ist insbesondere die Schaffung eines kohärenten und strategischen Rahmens, um Synergien zu fördern und Innovationen in der gesamten EU anzustoßen. Hierfür soll auch das disruptive Potenzial von Technologien an der Schnittstelle zwischen Verwendungszwecken im Verteidigungs- und Weltraumsektor und im zivilen Bereich (z. B. Cloud, Prozessoren, Cyber- und Quantentechnologie sowie künstliche Intelligenz) erforscht und genutzt werden.

In dem Aktionsplan sind auch elf gezielte Aktionen enthalten, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen. Dazu zählen auch drei Leuchtturmprojekte, die sich auf EU-Drohnentechнологien, weltraumgestützte globale sichere Kommunikation der EU und Weltraumverkehrsmanagement beziehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Aktionsplan](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten](#)

Kommission legt neue Roamingverordnung vor

Die Kommission hat am 24.02.2021 einen Vorschlag für eine neue Roamingverordnung vorgelegt, mit der die derzeit geltenden 2022 auslaufenden Vorschriften um weitere zehn Jahre verlängert werden sollen. Ziel ist es, zu vermeiden, dass es zu Lücken im Rahmen der Roamingnutzung kommt. Daher sollen zum einen Notdienste nahtlos und kostenfrei von Roamingkunden genutzt werden können und auch die Nutzung des Roamings zu Inlandspreisen während Auslandsaufenthalten soll erhalten bleiben. Zum anderen schlägt die Kommission eine Reihe von neuen Regelungen für Verbraucher und Netzbetreiber vor, u. a. sollen die Roamingvorleistungsentgelte weiter gesenkt werden. Dies sind Preise, die sich die Betreiber untereinander für die Nutzung ihrer Mobilfunknetze in Rechnung stellen, wenn ihre Kunden im Ausland unterwegs sind. Reisende sollen zudem keine unerwartet hohen Rechnungen durch die Inanspruchnahme von technischen Helpdesks und Kundendiensten erhalten und es soll die gleiche Dienstqualität im Ausland gelten, die auch im Inland gilt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Vorschlag für eine neue Roamingverordnung](#) (bisher nur in englischer Sprache verfügbar)

[Fragen und Antworten zur neuen Roamingverordnung](#)



Kapitalmarktunion: Europäisches Parlament und Rat nehmen Vorschriften zur Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19-Pandemie an

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben im Rahmen ihrer Plenartagung am 10.02.2021 und der Rat am 15.02.2021 Teile des Maßnahmenpakets der Kommission zur Erholung der Kapitalmärkte nach der COVID-19-Pandemie angenommen. Dieses Paket hatte die Kommission am 24.07.2020 vorgelegt (EB 14/20) und am 09.12.2020 erzielten die Verhandlungsführer von Rat, EP und Kommission eine politische Einigung (EB 20/20).

Durch die Änderungen an der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) und an der Prospektverordnung soll EU-Unternehmen die Rekapitalisierung auf den Finanzmärkten nach der COVID-19-Krise erleichtert werden.

Die Änderungen der MiFID II Richtlinie treten einen Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft, die Mitgliedstaaten müssen diese dann innerhalb von neun Monaten in nationales Recht umsetzen. Die Änderung der Prospektverordnung tritt am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Über die ebenfalls im Rahmen des Maßnahmenpakets von der Kommission vorgelegten Änderung des Verbriefungsrahmens wird das EP voraussichtlich in seiner Plenartagung im März abstimmen, gefolgt von der anschließenden Abstimmung im Rat.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Konsultation zur Überprüfung der Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse

Die Kommission hat am 23.02.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Mitteilung über wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEI) eingeleitet. Die Mitteilung zielt auf die Erleichterung grenzüberschreitender Großprojekte mit erheblichem Nutzen für die EU-Wirtschaft zur Behebung von Marktversagen in strategischen Wertschöpfungsketten ab. Aufbauend auf die Bewertung der aktuellen IPCEI-Mitteilung im Rahmen des Fitness-Checks für Beihilfen schlägt die Kommission in ihrem Mitteilungsentwurf einige Änderungen im neuen Entwurf vor, u. a. die Klärung bestimmter Begriffe, Erleichterungen für die direkte und indirekte Beteiligung von KMUs sowie eine weitere Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten für alle Mitgliedstaaten. Die Annahme der Mitteilung ist für das zweite Halbjahr 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 20.04.2021.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

[Konsultationsdokument \(Entwurf der Mitteilung\)](#)



Reserve für die Anpassung an den Brexit: Kommission gibt Gelegenheit zur Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag

Die Kommission gibt seit 24.02.2021 Gelegenheit zu Rückmeldungen zu ihrem Ende 2020 vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Einrichtung einer Reserve für die Anpassung an den Brexit. Die Reserve soll dazu beitragen, die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen in den vom Brexit am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten und Sektoren abzufedern. Sie soll eine Ergänzung der im Rahmen von NextGenerationEU und dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zur Verfügung stehenden Instrumente darstellen und mit ca. 5 Mrd. € ausgestattet werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 21.04.2021.

[Zur Initiative](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zum achten Kohäsionsbericht

Die Kommission hat am 08.02.2021 ihren Fahrplan zum achten Kohäsionsbericht veröffentlicht. Nach den unionsrechtlichen Vorgaben berichtet die Kommission alle drei Jahre über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts.

Laut Fahrplan soll der achte Kohäsionsbericht im vierte Quartal 2021 veröffentlicht werden. Das achte Kohäsionsforum soll 2022 stattfinden. Zu dem Fahrplan kann bis 08.03.2021 Stellung genommen werden.

[Fahrplan der Kommission](#)

EU-Beihilferecht: Kommission genehmigt Programm zur Unterstützung bayerischer Landwirte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Die Kommission hat am 19.02.2021 ein Programm zur Unterstützung bayerischer Landwirte nach den EU-Beihilfevorschriften genehmigt. Die Maßnahmen sollen mit insgesamt 30 Mio. € kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Kleinunternehmen als Entschädigung für Einkommensverluste und zusätzliche Kosten aufgrund der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zugutekommen. Die Unterstützung wird in Form direkter Zuschüsse gewährt und ist auf maximal 500 € pro Hektar Land und Jahr in den ersten fünf Jahren und auf 200 € je Hektar Land und Jahr für die folgenden Jahre begrenzt (siehe hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Beihilfesache](#)

Europäisches Gericht: Schwedische und französische Beihilfen zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen rechtmäßig

Das Europäische Gericht (EuG) hat am 17.02.2021 entschieden, dass die Unterstützung von Luftfahrtunternehmen mit einer französischen Genehmigung (Rechtssache T-259/20) und mit einer schwedischen Genehmigung



(Rechtssache T-238/20) mit dem Unionsrecht in Einklang stehen. Beide Beihilferegulungen sind aus Sicht des EuG zur Beseitigung der durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden angemessen und stellen keine Diskriminierung dar.

Frankreich hatte im März 2020 eine Beihilfemaßnahme in Form eines Zahlungsmoratoriums für die jeweils monatlich fällige Zivilluftfahrtsteuer und die Solidaritätsabgabe für Flugtickets für die Zeit von März bis Dezember 2020 angemeldet. Damit besteht die Möglichkeit für die Luftfahrtunternehmen mit französischer Betriebsgenehmigung die Zahlung von Steuern zu stunden. Schweden hatte im April 2020 eine Beihilfemaßnahme in Form einer Regelung über Darlehensgarantien zur Unterstützung von Luftfahrtunternehmen mit einer schwedischen Betriebsgenehmigung angemeldet. Das Luftfahrtunternehmen Ryanair hatte sich gegen die Genehmigungsbeschlüsse der Kommission gewandt.

[Pressemitteilung des EuG T-238/20 \(Schweden\)](#)

[Volltext des Urteils T-238/20](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EuG T-259/20 \(Frankreich\)](#)

[Volltext des Urteil T-259/20](#) (in englischer Sprache)

Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Varian durch Siemens Healthineers unter Auflagen

Die Kommission hat am 19.02.2021 die Übernahme des US-amerikanischen Unternehmens Varian Medical Services durch Siemens Healthineers, einer Tochtergesellschaft der Siemens AG, unter Auflagen genehmigt. Siemens Healthineers ist führender Anbieter im Bereich diagnostischer Bildgebung, die zur Unterstützung der Planung und Durchführung einer Strahlentherapie eingesetzt wird. Varian ist führender Anbieter von Strahlentherapielösungen für die Planung und Durchführung einer solchen Therapie. Diese wird zur Zerstörung von Krebszellen eingesetzt. Die Genehmigung ist an die Bedingung geknüpft, dass Siemens die Interoperabilität der Lösungen beider Unternehmen für diagnostische Bildgebung bzw. Strahlentherapie mit den Lösungen Dritter gewährleistet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9945](#)

Fusionskontrolle: Kommission ordnet abschließende Maßnahmen zur Veräußerung des ehemaligen Aleris-Werks nach der Übernahme von Novelis an

Die Kommission hat am 18.02.2021 auf Grundlage der EU-Fusionskontrollverordnung abschließende Maßnahmen angeordnet, um die Veräußerung des ehemaligen Aleris-Werks im belgischen Duffel durch Novelis zu sichern. Im Rahmen der Genehmigung der Übernahme durch Novelis im Oktober 2019 unterlag Novelis der Verpflichtung, das Werk innerhalb einer bestimmten Frist zu veräußern (EB 18 /19). Da das Unternehmen dieser Verpflichtung nicht fristgerecht nachkam, ordnete die Kommission einstweilige Maßnahmen zur Wahrung



des Wettbewerbs an. Im Anschluss veräußerte Novelis das Aleris-Werk in Duffel mit Genehmigung der Kommission. Den nun angeordneten abschließenden Maßnahmen muss Novelis nachkommen, um sicherzustellen, dass das veräußerte Werk als wettbewerbsfähiger und autonomer Akteur auf dem Markt verbleiben kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Kommission schlägt zehn neue Partnerschaften unter Horizont Europa vor

Die Kommission hat am 23.02.2021 die Gründung von zehn neuen europäischen Partnerschaften zwischen der EU und den Mitgliedstaaten bzw. der Industrie im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa vorgeschlagen. Hierfür wird die EU rund 10 Mrd. € zur Verfügung stellen, die von den Partnern um mindestens denselben Betrag aufgestockt werden. Die zehn vorgeschlagenen Partnerschaften beziehen sich u. a. auf die Themen sauberer Wasserstoff, saubere Luftfahrt, digitale Schlüsseltechnologien, technologische Souveränität bei intelligenten Netzen und Diensten sowie Kreislaufwirtschaft. Die Europäischen Partnerschaften zielen darauf ab, die Entwicklung und Einführung neuer innovativer Lösungen sektorübergreifend durch die Mobilisierung öffentlicher und privater Mittel zu verbessern. Zudem sollen sie einen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Green Deals leisten und den Europäischen Forschungsraum stärken. Sie stehen neben öffentlichen Stellen auch der Industrie, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Verfügung (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Kommission legt neue EU-Handelsstrategie vor

Die Kommission hat am 18.02.2021 eine Mitteilung für eine neue EU-Handelsstrategie vorgelegt. Die Strategie umfasst eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, strengere globale Handelsregeln einzuführen, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung der EU zu leisten und bei denen das Thema Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht. Demnach schlägt die Kommission u. a. eine umfassende Reform der Welthandelsorganisation (WTO), die Stärkung der strategischen Autonomie sowie eine Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Wertschöpfungs- und Lieferketten vor. Zudem sollen ungerechtfertigte Handelshemmnisse in der digitalen Wirtschaft abgebaut, die transatlantischen Beziehungen ausgebaut, die Handels- und Investitionsbeziehungen mit China verbessert, die Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen vorangetrieben sowie der unlautere Handel bekämpft werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten der Kommission](#)

[Mitteilung Überarbeitung der Handelspolitik](#) (in englischer Sprache)



Folgenabschätzung zu Mechanismus gegen Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder

Die Kommission hat am 17.02.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase für eine geplante Verordnung für die Schaffung eines Mechanismus zur Abwendung von Zwangsmaßnahmen durch Nicht-EU-Länder und um diesen entgegenzuwirken veröffentlicht. Hierdurch soll es der EU ermöglicht werden, gegen Praktiken von Nicht-EU-Ländern vorzugehen, die die EU dazu drängen, bestimmte politische Maßnahmen zu ergreifen oder zurückzuziehen. Eine öffentliche Konsultation ist für das erste Quartal 2021 vorgesehen, die Annahme durch die Kommission für das vierte Quartal 2021. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 17.03.2021.

[Zur Initiative](#)

ENERGIE

Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden

Die Kommission hat am 22.02.2021 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase zur Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden veröffentlicht. Die Überarbeitung der Richtlinie wurde im Rahmen der Strategie für eine Renovierungswelle der Kommission angekündigt (EB 17/20), um dem Ziel, die jährliche Renovierungsquote im Bereich der energetischen Gebäuderenovierung bis 2030 mindestens zu verdoppeln, nachzukommen. Eine anschließende öffentliche Konsultation ist für das zweite Quartal 2021, die Annahme der Richtlinie durch die Kommission für das vierte Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 22.03.2021.

[Zur Initiative](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Kommission veröffentlicht EU-Klimaanpassungsstrategie 2021

Am 25.02.2021 hat die Kommission die neue EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel 2021 angenommen. Sie baut auf der Strategie aus dem Jahr 2013 auf und verfolgt das Ziel, die Anpassungsfähigkeit der EU und der Welt zu stärken sowie die Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren. Darin legt die Kommission dar, dass vorhandenes Wissen und die Datenverfügbarkeit bezüglich Klimarisiken und wirtschaftlicher Verluste mithilfe einer Erweiterung der Climate-ADAPT-Plattform ausgebaut werden müssen. Auf dieser Grundlage sollen die Überwachung, Berichterstattung und Bewertung der Anpassung durch die Verwendung eines harmonisierten Rahmens von Standards und Indikatoren optimiert und die Leitlinien für nationale Anpassungsstrategien in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten verbessert werden. Zudem soll der öffentliche Zugang zu Umweltinformationen auf klimabezogene Risiko- und Schadensdaten ausgeweitet werden, die es Investoren, Versicherern, Unternehmen, Städten und Bürgern ermöglichen sollen, entsprechende Klimadienleistungen in ihr Risikomanagement zu integrieren. Die Kommission plant naturbasierte Lösungen für den Kohlenstoffabbau vorzuschlagen und die Mitgliedstaaten bei der Einführung naturbasierter Lösungen durch Bewertungen, Beratung und EU-Finanzierung zu unterstützen. Darüber hinaus soll die Unterstützung für die Entwicklung und Umsetzung von national festgelegten Beiträgen und nationalen Anpassungsplänen in den EU-Partnerländern verstärkt werden.

[EU-Klimaanpassungsstrategie](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zur Klimaanpassungsstrategie](#)

Kommission genehmigt Beihilfen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für Landwirte in Bayern

Am 22.02.2021 hat die Kommission ein Programm zur Unterstützung bayerischer Landwirte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie genehmigt. Die Landwirte sollen mit 30 Mio. € unterstützt werden, um Einkommensverluste und zusätzliche Kosten zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgleichen zu können. Die Regelung steht Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen offen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion in Bayern tätig sind. Ziel der Regelung ist es, die Landwirte teilweise für Einkommensverluste und zusätzliche Kosten zu entschädigen, die sich aus dem Verbot von Gartenbau und Ackerbau auf Pufferstreifen entlang natürlicher Gewässer ergeben. Die Maßnahme läuft bis zum 31.12.2025 (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Beihilfen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie](#)



EU ruft Globale Allianz zur Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz ins Leben

Am 22.02.2021 hat die EU am Rande der 5. Umweltversammlung der Vereinten Nationen (VN) in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der VN die Globale Allianz für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz (Global Alliance on Circular Economy and Resource Efficiency – GACERE) ins Leben gerufen. Die Allianz ist eines der Ergebnisse des Kreislaufwirtschaftsaktionsplans, der von der Kommission im März 2020 als Teil des europäischen Green Deals vorgelegt wurde. Ziel der Allianz ist es, einen globalen Impuls für Initiativen in Bezug auf den Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz sowie auf nachhaltigen Konsum und Produktion zu geben. Elf Länder (Kanada, Chile, Kolumbien, Japan, Kenia, Neuseeland, Nigeria, Norwegen, Peru, Ruanda und Südafrika) und die EU sind der Allianz bisher beigetreten.

[GACERE Website](#) (in englischer Sprache)

Kommission beschließt Vertragsverletzungsklage gegen Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie

Am 18.02.2021 hat die Kommission beschlossen, gegen Deutschland vor dem EuGH eine Vertragsverletzungsklage zu erheben, weil das Land seine Verpflichtungen im Rahmen der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen nicht eingehalten hat. Die Mitgliedstaaten müssen besondere Schutzgebiete ausweisen und gebietsspezifische Erhaltungsziele sowie entsprechende Maßnahmen festlegen, um einen günstigen Erhaltungszustand der dortigen Arten und Lebensräume aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Da die Frist für die Vollendung der notwendigen Maßnahmen in Deutschland in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen ist, übermittelte die Kommission im Jahr 2015 ein Aufforderungsschreiben, im Jahr 2019 ein ergänzendes Aufforderungsschreiben sowie eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Februar 2020. Nach Ansicht der Kommission hat Deutschland eine bedeutende Anzahl von Gebieten noch immer nicht als besondere Schutzgebiete ausgewiesen. Zudem seien die für die einzelnen Gebiete in Deutschland festgelegten Erhaltungsziele nicht hinreichend quantifiziert und messbar und ermöglichen keine ausreichende Berichterstattung. Schließlich geht die Kommission davon aus, dass es in allen Bundesländern und auf Bundesebene allgemeine und anhaltende Praxis war, für alle 4606 Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung keine hinreichend detaillierten und quantifizierten Erhaltungsziele festzulegen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission führt Befragung zur Übermittlung der CO₂-Emissionswerte für neue schwere Nutzfahrzeuge durch

Am 18.02.2021 hat die Kommission auf ihrer Feedbackplattform den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Ergänzung der VO 2018/956/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge gestartet. Nach dem EU-Umweltrecht müssen die Hersteller von neuen schweren Nutzfahrzeugen (z. B. Lastkraftwagen und Busse)



Prüfungen im Fahrbetrieb auf der Straße durchführen, um die Emissionen und den Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge zu bestimmen und diese Angaben den zuständigen nationalen Behörden übermitteln. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihrerseits diese Angaben an die Kommission weiterleiten, damit diese die Fortschritte bei der Erreichung der CO₂-Reduktionsziele der EU überwachen kann. Mit der Initiative wird im Einzelnen geregelt, wie diese Angaben der Kommission zu übermitteln sind. Bis zum 18.03.2021 besteht dazu auf der Webseite der Kommission die Möglichkeit zur Rückmeldung (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Feedbackmöglichkeit](#)

Kommission legt Leitfaden für Umweltziele in den nationalen Aufbauplänen vor

Am 12.02.21 hat die Kommission Technische Leitlinien für die Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ im Rahmen der Verordnung zur Einrichtung einer Aufbau- und Resilienzfähigkeit vorgelegt. Die Leitlinien sollen die nationalen Behörden bei der Ausarbeitung der Aufbau- und Resilienzpläne unterstützen und legen dar, wie der „do no significant harm“ (DNSH)-Grundsatz in diesem Zusammenhang anzuwenden ist. Insbesondere sehen die Leitlinien vor, dass die Mitgliedstaaten für jede einzelne Maßnahme ihres Aufbau- und Resilienzplans, d. h. sowohl für Reformen als auch für Investitionsprojekte, eine individuelle DNSH-Bewertung unter Berücksichtigung der Folgenabschätzungen in Bezug auf Umweltaspekte oder die Nachhaltigkeitsprüfung einer Maßnahme vorlegen. Für Maßnahmen, die keine oder voraussichtlich nur unerhebliche Auswirkungen auf die Umweltziele haben, ist ein vereinfachter Bewertungsansatz möglich. Die Einhaltung der geltenden EU- und nationalen Umweltvorschriften entbindet nicht von der Notwendigkeit einer DNSH-Bewertung. Während Maßnahmen zur Förderung einer stärkeren Elektrifizierung (z. B. von Industrie, Verkehr und Gebäuden) als mit der DNSH-Bewertung für das Umweltziel Klimaschutz vereinbar gelten, sollen Maßnahmen im Zusammenhang mit Strom- und/oder Wärmeerzeugung unter Verwendung fossiler Brennstoffe in der Regel nicht im Rahmen der Bewertung als förderfähig angesehen werden.

[Leitlinien](#)

[Anhänge zu den Leitlinien](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission legt neue Roamingverordnung vor

Am 24.02.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für eine neue Roamingverordnung vorgelegt, mit der die derzeit geltenden, 2022 auslaufenden Vorschriften um weitere zehn Jahre verlängert werden sollen. Ziel ist es, zu vermeiden, dass es zu Lücken im Rahmen der Roamingnutzung kommt. Daher sollen zum einen Notdienste nahtlos und kostenfrei von Roamingkunden genutzt werden können und die Nutzung des Roamings zu Inlandspreisen während Auslandsaufenthalten erhalten bleiben. Zum anderen schlägt die Kommission eine Reihe von neuen Regelungen für Verbraucher und Netzbetreiber vor, u. a. sollen die Roamingvorleistungsentgelte weiter gesenkt werden. Dies sind Preise, die sich die Betreiber untereinander für die Nutzung ihrer Mobilfunknetze in



Rechnung stellen, wenn ihre Kunden im Ausland unterwegs sind. Reisende sollen zudem keine unerwartet hohen Rechnungen durch die Inanspruchnahme von technischen Helpdesks und Kundendiensten erhalten und es soll die gleiche Dienstqualität im Ausland gelten, die auch im Inland gilt (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Vorschlag für eine neue Roamingverordnung](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zur neuen Roamingverordnung](#)

Rat nimmt Schlussfolgerungen zur Neuen Verbraucheragenda an

Am 22.02.2021 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Neuen Verbraucheragenda angenommen, die die Kommission im November 2020 vorgelegt hat. Zentraler Punkt ist die Teilhabe des Verbrauchers am digitalen und grünen Wandel sowie der Schutz der besonders vulnerablen Gruppen. Der Rat unterstreicht darin die Notwendigkeit eines klaren Verantwortungs- und Haftungsrahmens für Online-Plattformen. Er begrüßt neben der geplanten Einführung eines „Rechts auf Reparatur“ die Absicht der Kommission, Legislativvorschläge zu Fragen der Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Produkten, zum Schutz vor vorzeitiger Obsoleszenz und „Greenwashing“ sowie zu verbesserten Verbraucherinformationen vorzulegen. Außerdem spricht er sich für die geplante Überarbeitung der Produktsicherheits-Richtlinie 2001/95/EG aus, um gleiche Bedingungen für die Sicherheit von Online- und Offline-Produkten zu schaffen. Ebenso sollen die Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG und die Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher 2002/65/EG bzgl. spezifischer Maßnahmen zur Verhinderung von Fehlinformation, Überschuldung und sozialer Ausgrenzung überarbeitet werden. Schließlich fordert der Rat die Kommission auf, konkrete Vorschläge zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz unter Verfolgung eines risikobasierten und verhältnismäßigen Ansatzes sowie geeignete Maßnahmen zur sicheren und ethischen Nutzung von Algorithmissystemen vorzulegen.

[Ratsschlussfolgerungen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Aktueller Stand Trilog-Verhandlungen zur GAP nach 2023

Die Trilog-Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) schreiten langsam voran. Bislang wurden nur wenige Fortschritte in Bezug auf die wichtigsten Diskussionspunkte erreicht.

Im Hinblick auf die Strategieplan-Verordnung, die die grundlegenden Vorgaben zu den Zielen der GAP, den nationalen Strategieplänen und den Bedingungen der Förderung enthält, werden aktuell Fragen der Einhaltung u. a. arbeitsrechtlicher Vorgaben in der GAP (sog. sozialen Konditionalität) kontrovers diskutiert. Verhandlungen zur Kappung von Direktzahlungen stehen bevor. Die umstrittene Frage der Eco-Schemes, also der Direktzahlungen für bestimmte Umweltmaßnahmen, wird voraussichtlich erst zum Ende der Verhandlungen eingehend verhandelt.

Bei der Horizontalen Verordnung, die die Struktur der GAP-Förderung sowie die Mittel und Methoden zur Erreichung der GAP-Ziele vorgibt, bestehen starke Divergenzen in Bezug auf das sog. neue Liefermodell, bei dem das Europäische Parlament (EP) sowohl Compliance- als auch Leistungsvorgaben integrieren will, während Kommission und Rat ein reines Leistungsmodell anstreben, um Doppelbelastungen zu vermeiden. Hinsichtlich der Verordnung zur gemeinsamen Marktordnung ist der Umfang der Änderungen gegenüber dem bisherigen System und die Anwendung und Reichweite von Marktinterventionen zwischen den Vertragsparteien umstritten.

Die Berichterstatter des EP beklagen, dass der Rat sehr unbeweglich sei, auf Zeit spiele und das EP nicht als ebenbürtigen Verhandlungspartner anerkenne.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft strebt einen Abschluss noch im Frühjahr 2021 an. Sowohl im Rat als auch im EP wird dies teilweise für ambitioniert gehalten, jedoch auf eine Einigung bis spätestens Sommer 2021 gehofft.

[Bericht aktueller Stand Trilog-Verhandlungen im AGRI](#)

Kommission veröffentlicht Studie über die Auswirkungen der GAP auf den Boden

Die Kommission hat am 04.02.2021 eine Studie über die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf den Boden veröffentlicht.

Die Unterstützung des ökologischen Landbaus und die Zielsetzung der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Verbot in besonders sensiblen Gebieten im Rahmen des Greenings werden positiv erwähnt. Darüber hinaus haben die Cross-Compliance-Auflagen dazu beigetragen, den Einsatz von Düngemitteln in nitratgefährdeten Gebieten zu begrenzen. Darüber hinaus ergab die Studie, dass die GAP langfristige Veränderungen in den Praktiken der Landwirte ermöglicht hat, indem sie die Anwendung von für den Boden vorteilhaften Praktiken wie Zwischen- und Deckfruchtanbau und den Anbau stickstoffbindender Pflanzen gefördert hat.



In Bezug auf die Bodenerosion hebt die Studie hervor, dass die GAP-Maßnahmen zu deren Reduzierung beigetragen haben. Allerdings waren die Fortschritte im Zeitraum 2010 - 2016 begrenzt, was darauf hindeutet, dass die Bemühungen zur Verringerung der Bodenerosion verstärkt werden müssen, insbesondere in Gebieten, in denen das Risiko der Bodenerosion hoch ist. Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass der Beitrag der GAP zur Minderung der Gefahren für den Boden von den Umsetzungsentscheidungen auf Ebene der Mitgliedstaaten oder Regionen abhängt.

Diese Studie wird zusammen mit dem Ergebnis der öffentlichen Konsultation zu natürlichen Ressourcen und den Ergebnissen der zuvor veröffentlichten Förderstudien zu Biodiversität und Wasser zur gemeinsamen Bewertung der Auswirkungen der GAP auf Biodiversität, Boden und Wasser beitragen. Die Evaluierung wird die Effektivität, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und den EU-Mehrwert der GAP im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen bewerten. Sie wird mit der Veröffentlichung eines Kommissionsberichts abgeschlossen, der für Herbst 2021 geplant ist.

[Studie über Auswirkungen der GAP auf Boden](#)

Kommission veröffentlicht Studie über die Auswirkungen der GAP auf die Entwicklung des ländlichen Raums unter sozioökonomischen Aspekten

Die Kommission hat am 18.02.2021 eine Studie über die Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die Entwicklung des ländlichen Raums unter sozioökonomischen Aspekten veröffentlicht.

Die GAP kann durch ihre verschiedenen Maßnahmen und Instrumente zu einer ausgewogenen territorialen Entwicklung und zur Verbesserung der sozioökonomischen und sozialen Integration beitragen. Die Ergebnisse variieren jedoch erheblich, je nach den Merkmalen der ländlichen Regionen und der Wahl der politischen Maßnahmen und Instrumente.

Diese Studie wird zusammen mit den Antworten auf die GAP-spezifischen Fragen der öffentlichen Konsultation über die langfristige Vision für den ländlichen Raum zur Bewertung der Auswirkungen der GAP auf die territoriale Entwicklung ländlicher Gebiete mit Schwerpunkt auf sozioökonomischen Aspekten beitragen. Die Bewertung wird die Effektivität, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und den EU-Mehrwert der GAP im Hinblick auf ihr politisches Ziel einer ausgewogenen territorialen Entwicklung beurteilen. Sie wird mit der Veröffentlichung eines Kommissionsberichts abgeschlossen, der für Herbst 2021 geplant ist.

[Studie Auswirkungen GAP auf ländlichen Raum unter sozioökonomischen Aspekten](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Entwurf für delegierte Verordnung: Ökologischer Landbau – ergänzende Handelsregeln

Die Kommission hat am 15.02.2021 einen Entwurf einer delegierten Verordnung bezüglich Regelungen zum Handel mit Ökoprodukten veröffentlicht.



Die Verordnung (EU) 2018/848 über die ökologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen Erzeugnissen gilt ab Januar 2021.

Es ist eine delegierte Verordnung erforderlich, um die Handelsregeln für ökologische Lebensmittel zu ergänzen. Rückmeldungen sind möglich bis 15.03.2021.

[Entwurf delegierte VO Ökolandbau](#)

Kommission genehmigt Beihilfen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie für Landwirte in Bayern

Die Kommission hat am 22.02.2021 ein Programm zur Unterstützung bayerischer Landwirte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie genehmigt. Die Landwirte sollen mit 30 Mio. € unterstützt werden, um Einkommensverluste und zusätzliche Kosten zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgleichen zu können.

Die Regelung steht Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen offen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion in Bayern tätig sind. Ziel der Regelung ist es, die Landwirte teilweise für Einkommensverluste und zusätzliche Kosten zu entschädigen, die sich aus dem Verbot von Gartenbau und Ackerbau auf Pufferstreifen entlang natürlicher Gewässer ergeben. Die Maßnahme wird voraussichtlich mehr als 1000 Landwirten zugutekommen und läuft bis zum 31.12.2025 (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie: Kommission genehmigt Beihilfen für Landwirte](#)

Kommission startet Initiative zur Verlängerung des Schutzes der Pflanzenzüchterrechte

Die Kommission hat am 05.02.2021 eine Initiative zur Verlängerung des Schutzes von Pflanzenzüchterrechten veröffentlicht.

Die Initiative betrifft eine auf der Grundlage von Artikel 118 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU erlassene Verordnung über die Verlängerung der Schutzdauer von 25 Jahren auf 30 Jahre für die Art Spargel und die Artengruppen Blumenzwiebeln, holziges Kleinobst und holzige Zierpflanzen. Dies wird derzeit in Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates über den gemeinschaftlichen Sortenschutz geregelt. Ein solcher zusätzlicher Schutz besteht derzeit für Arten von Bäumen, Reben und Kartoffeln. Der Antrag auf Erweiterung wurde vom Verwaltungsrat des Gemeinschaftlichen Sortenamtes (CPVO) gestellt. Rückmeldungen sind möglich bis 02.04.2021.

[Initiative Verlängerung Sortenschutz](#)

Kommission veröffentlicht Initiative zur Aktualisierung der EU-Rechtsvorschriften zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR)

Die Kommission hat am 15.02.2021 eine Initiative zur Aktualisierung der Rechtsvorschriften zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) veröffentlicht.



Die EU-Länder übermitteln an Eurostat die LGR auf nationaler und auf regionaler Ebene.

Mit dieser Initiative soll die EU-Verordnung zur LGR aktualisiert werden, indem formale Regelungen für regionale Gesamtrechnungen bis zur NUTS-2-Ebene eingeführt werden, eine weitere Anforderung an die Qualitätsberichterstattung aufgenommen und die Frist für die Übermittlung der zweiten Schätzungen für die LGR auf nationaler Ebene zur Verbesserung der Datenqualität gelockert wird.

Rückmeldungen sind möglich bis 12.04.2021.

[Initiative Aktualisierung Rechtsvorschriften LGR](#)

Kommission beschließt Vertragsverletzungsklage gegen Deutschland wegen mangelhafter Umsetzung der Habitat-Richtlinie

Die Kommission hat am 18.02.2021 beschlossen, gegen Deutschland vor dem EuGH eine Vertragsverletzungsklage zu erheben, weil das Land seine Verpflichtungen im Rahmen der Habitat-Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen nicht eingehalten hat.

Da die Frist für die Vollendung der notwendigen Maßnahmen für alle Gebiete in Deutschland in einigen Fällen vor mehr als zehn Jahren abgelaufen ist, übermittelte die Kommission im Jahr 2015 ein Aufforderungsschreiben, im Jahr 2019 ein ergänzendes Aufforderungsschreiben sowie eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Februar 2020 (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht EU-Klimaanpassungsstrategie 2021

Die Kommission hat am 24.02.2021 eine EU-Klimaanpassungsstrategie veröffentlicht, um sich besser gegen die Folgen des Klimawandels zu rüsten. Der Klimawandel führt zu unvermeidbaren Folgen – von Hitzewellen und Dürren bis hin zu Waldschäden und durch den Anstieg des Meeresspiegels erodierten Küsten. Auch wirtschaftliche Verluste infolge häufigerer klimabedingter Wetterextreme nehmen zu. Allein in der EU betragen diese Verluste im Schnitt bereits mehr als 12 Mrd. € pro Jahr.

Der Klimawandel wirkt sich auf allen Ebenen der Gesellschaft und in allen Wirtschaftssektoren aus, weshalb die Anpassungsmaßnahmen systemisch sein müssen. Die Kommission wird weiterhin in allen relevanten Politikbereichen Klimaresilienzaspekten Rechnung tragen. Sie wird die weitere Entwicklung und die Umsetzung von Anpassungsstrategien und -plänen fördern, wobei es drei bereichsübergreifende Prioritäten gibt: Integration der Anpassung in die Haushaltspolitik, naturbasierte Anpassungslösungen und lokale Anpassungsmaßnahmen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[EU-Klimaanpassungsstrategie 2021](#)



Kommission genehmigt acht genveränderte Pflanzen

Die Kommission hat am 22.01.2021 drei gentechnisch veränderte Maissorten und zwei Sojasorten für die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln genehmigt und die Genehmigung für drei weitere Maissorten erneuert. Keine dieser Genehmigungen umfasst den Anbau der betroffenen Organismen in der EU. Alle Produkte, die aus diesen genetisch veränderten Organismen hergestellt werden, unterliegen den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten: Kommission leitet erste Phase der Sozialpartnerkonsultation ein

Die Kommission ist bestrebt, die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verbessern, die über Online-Plattformen arbeiten. Nach Auffassung der Kommission seien die Arbeitsbedingungen bei bestimmten Arten von Plattformarbeit prekär, etwa im Zusammenhang mit der Personenbeförderung bzw. bei Lieferdiensten, etc.

Die Kommission hat daher am 24.02.2021 die erste Phase einer Konsultation der europäischen Sozialpartner eingeleitet, um deren Ansichten zu der Frage einzuholen, wie die Arbeitsbedingungen von Menschen, die über digitale Plattformen arbeiten, verbessert werden können. Verbesserungsbedarf sieht die Kommission etwa bei den vertraglichen Vereinbarungen, der Sicherheit der Beschäftigten, dem Gesundheitsschutz und dem Zugang zum Sozialschutz. Die Konsultation soll zunächst für mindestens sechs Wochen laufen. Die Kommission wird die von den Sozialpartnern geäußerten Ansichten sodann auswerten. Kommt die Kommission nach Prüfung dieser Stellungnahmen zu dem Schluss, dass auf EU-Ebene Handlungsbedarf besteht, wird sie eine zweite Phase der Anhörung der Sozialpartner zum Inhalt ihres möglichen Vorschlags einleiten.

[Pressemitteilung der Kommission mit weiteren Dokumenten](#)

Portugiesische Ratspräsidentschaft organisiert virtuellen Austausch der EU-Beschäftigungsminister

Am 22.02.2021 diskutierten die für Beschäftigungsfragen zuständigen EU-Ministerinnen und Minister über Fragen der Beschäftigungspolitik für die Zeit nach der Coronaviruspandemie. Konkret ging es bei der Videokonferenz auf Einladung der portugiesischen Präsidentschaft im Rat u. a um die möglichen Beiträge der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Hierzu will die Kommission am 03.03.2021 einen Aktionsplan vorlegen. Qualifikationen, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie die Gleichstellung der Geschlechter waren weitere Themen des informellen Austauschs.

[Pressemitteilung der portugiesischen Präsidentschaft](#) (in englischer Sprache)

EU-Bildungsminister diskutieren über Chancengleichheit und Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Am 19.02.2021 tauschten sich die EU-Bildungsministerinnen und -minister in einer informellen Videokonferenz zu den Themen Chancengleichheit, Inklusion und Bildungserfolg für alle in der allgemeinen und beruflichen Bildung aus: Bildung sei die entscheidende Grundlage, um allen Bürgern in Europa die notwendigen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt und die Herausforderungen der Zukunft zu vermitteln und damit die Basis auch für den sozialen Zusammenhalt in Europa zu legen (siehe hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

[Sitzungsinformationen des Rates der EU](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Coronavirus: Gesundheitssicherheitsausschuss einigt sich auf standardisierte Datensätze für COVID-19-Testzertifikate und auf EU-weit anerkannte Antigen-Schnelltests

Die Kommission hat am 18.02.2021 darüber informiert, dass sich der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss auf einen EU-weit einheitlichen, standardisierten Datensatz für COVID-19-Testzertifikate geeinigt habe. In dem Datensatz werden die erforderlichen persönlichen Angaben zum Zertifikatinhaber, Informationen zum Testverfahren sowie Metadaten für das Testzertifikat festgelegt. Zudem wurde vom Gesundheitssicherheitsausschuss eine gemeinsame Liste von COVID-19-Antigen-Schnelltests festgelegt, die zuvor auf EU-Ebene vereinbarte Mindestanforderungen erfüllen. Im Dokument wird außerdem eine Auswahl von insgesamt 16 Antigen-Schnelltests genannt, deren Ergebnisse künftig EU-weit anerkannt werden sollen.

Mit diesen Vereinbarungen wird eine vom Rat am 21.01.2021 angenommene Empfehlung für einen einheitlichen Rahmen für den Einsatz und die Validierung von Antigen-Schnelltests und die gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse von COVID-19-Tests in der EU (EB 02/21) umgesetzt. In der Empfehlung hatten sich die Mitgliedstaaten u. a. darauf geeinigt, eine gemeinsame Liste von geeigneten Antigen-Schnelltests zu erstellen, eine Auswahl von gegenseitig anzuerkennenden Antigen-Schnelltests festzulegen und einen gemeinsamen standardisierten Datensatz zu vereinbaren, der in Formblätter für Testergebnisbescheinigungen aufzunehmen ist.

[Dokument](#) (in englischer Sprache)

[Ratsempfehlung vom 21.01.2021](#)

Coronavirus: Kommission stellt europäische Strategie gegen Virusmutationen vor

Die Kommission hat am 17.02.2021 eine Mitteilung zum Thema „HERA Inkubator: unsere gemeinsame proaktive Antwort auf die Bedrohung durch COVID-19-Varianten“ vorgelegt. Das Dokument soll eine europäische Strategie gegen die zunehmend verbreiteten Coronavirus-Mutationen formulieren. Die Strategie unterteilt sich in drei Schwerpunktbereiche: Verbesserung von Nachweis, Analyse und Bewertung von Virusmutationen; Beschleunigung des Zulassungsverfahrens für an Virusvarianten angepasste Impfstoffe sowie Ausbau der Produktionskapazitäten für Impfstoffe in Europa.

Zu den von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen gehören Änderungen des EU-Arzneimittelrechts, um an Virusvarianten angepassten Impfstoffen leichter und schneller eine Zulassung zu erteilen. Die Kommission schlägt außerdem vor, die Möglichkeit von Notzulassungen für Impfstoffe auf EU-Ebene mit gemeinsamer Haftung der Mitgliedstaaten zu schaffen. Zum Ausbau der Impfstoffproduktion in Europa schlägt die Kommission u. a. einen freiwilligen Lizenzierungsmechanismus vor, um Produktions- und Abfüllkapazitäten eines größeren Kreises von Unternehmen in geregelter Weise nutzen zu können. In der Mitteilung kündigt die



Kommission ferner die Bereitstellung von EU-Mitteln für Forschungsprojekte und die Entwicklung spezieller COVID-19-Tests sowie die Schaffung eines europaweiten Netzwerks für klinische Prüfungen an.

[Mitteilung „HERA Incubator: unsere gemeinsame proaktive Antwort auf die Bedrohung durch COVID-19-Varianten“](#)

[Fragen und Antworten zur Mitteilung](#)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Fortschritte bei der Beschaffung und Zulassung von Impfstoffen

Die Kommission hat am 17.02.2021 mitgeteilt, sie habe einen zusätzlichen Vertrag mit dem Unternehmen Moderna genehmigt, der den EU-Mitgliedstaaten das Recht zum Kauf von bis zu 300 Mio. Coronavirus-Impfstoffdosen sichere. Die Kommission informierte zudem über die Unterzeichnung eines weiteren Vertrags mit Pfizer und BioNTech über bis zu 300 Mio. weitere Impfstoffdosen. Unter Einbeziehung zuvor geschlossener Vereinbarungen hat sich die EU nun insgesamt bis zu 460 Mio. Dosen des Impfstoffs von Moderna sowie bis zu 600 Mio. Dosen des Pfizer/BioNTech-Impfstoffs gesichert. In Umsetzung der im Juni 2020 vorgestellten EU-Impfstoffstrategie hat die Kommission Verträge mit insgesamt sechs Herstellern von aussichtsreichen bzw. mittlerweile EU-weit zugelassenen Impfstoffen geschlossen.

Des Weiteren hat die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) am 16.02.2021 mitgeteilt, sie habe einen Antrag auf vorläufige EU-weite Marktzulassung des Coronavirus-Impfstoffs des Unternehmens Janssen-Cilag International N.V., einem Tochterunternehmen von Johnson & Johnson, erhalten. Der EMA zufolge soll die Bewertung des Impfstoffs bis Mitte März 2021 abgeschlossen sein. Sollte der Impfstoff eine Zulassung erhalten, wäre dies der vierte in der EU vorläufig zugelassene Coronavirus-Impfstoff. Bei der EMA laufen zudem „Rolling Reviews“ zu den Coronavirus-Impfstoffen der Unternehmen CureVac (seit dem 12.02.2021) und Novavax (seit dem 03.02.2021).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt neue Strategie zur Stärkung eines regelbasierten Multilateralismus vor

Die Kommission hat am 17.02.2021 eine Mitteilung zum Thema „Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus“ vorgelegt (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB). In der Mitteilung soll eine Strategie der EU festgelegt werden, um das globale multilaterale System zu stärken, internationale Organisationen zu reformieren, die Entwicklung globaler Normen voranzutreiben und internationale Kooperationsplattformen einzurichten.

In der Mitteilung betont die Kommission u. a. die Notwendigkeit einer Modernisierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Welthandelsorganisation. Bei einer möglichen Reform der WHO müsse die Konsolidierung ihrer internationalen Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit bei Gesundheitskrisen im Mittelpunkt stehen.



Die WHO müsse ein stärkeres und unabhängigeres Mandat erhalten und über eine angemessene und nachhaltige Finanzausstattung verfügen.

[Mitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung](#)

Coronavirus: Aktualisierte Risikobewertung zur epidemiologischen Lage in Europa

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 15.02.2021 eine aktualisierte Risikobewertung zur Coronavirus-Pandemie vorgelegt. Aus Sicht des ECDC ist die epidemiologische Gesamtsituation in EU/EWR nach wie vor sehr besorgniserregend. Bis zum 11.02.2021 hätten die EU/EWR-Staaten 20.478.718 Infektionen und 495.672 Todesfälle gemeldet. Ein hohes Risiko gehe von Virusvarianten aus. Die britische Virusvariante B.1.1.7 sei in Irland bereits der dominante Virusstamm, eine ähnliche Situation sei in den kommenden Wochen in mehreren weiteren Staaten zu erwarten.

Das ECDC empfiehlt auf Basis der epidemiologischen Situation in Europa, weiterhin entschiedene Interventionsmaßnahmen zu ergreifen, um die Übertragung des Virus zu kontrollieren und die Kapazitäten der Gesundheitssysteme zu schützen. Tests und Kontaktnachverfolgung seien weiterhin ein Eckpfeiler der Strategie. Nicht essenzielle Reisen sollten vermieden werden. Das ECDC betont zudem angesichts zunehmender „Pandemiemüdigkeit“ die Notwendigkeit einer systematischen Kommunikation staatlicher Maßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Coronavirus: Aktualisierte Empfehlungen zur Verwendung von Gesichtsmasken im sozialen Umfeld

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 15.02.2021 eine aktualisierte Empfehlung zur Verwendung von Gesichtsmasken im sozialen Umfeld vorgelegt. Das ECDC empfiehlt die Verwendung von medizinischen oder nichtmedizinischen Gesichtsmasken in beengten oder besonders frequentierten öffentlichen Bereichen. Für bestimmte Personengruppen bzw. in bestimmten Situationen wird die Verwendung von medizinischen Gesichtsmasken empfohlen.

Eine allgemeine Empfehlung zu einer bevorzugten Verwendung von medizinischen gegenüber nichtmedizinischen Gesichtsmasken könne auf Basis der verfügbaren wissenschaftlichen Evidenz nicht ausgesprochen werden. Ferner sei die wissenschaftliche Evidenz zur Verwendung von FFP-Masken im sozialen Umfeld nach wie vor sehr beschränkt und könne ihre verpflichtende Verwendung gegenüber anderen Arten von Gesichtsmasken im sozialen Umfeld nicht stützen. Die Verwendung von Gesichtsmasken könne andere Präventivmaßnahmen überdies nur ergänzen, nicht aber ersetzen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Industrienausschuss nimmt Initiativbericht zur Europäischen Datenstrategie an

Am 24.02.2021 nahm der Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) einen Initiativbericht zur Europäischen Datenstrategie an. [Laut Berichtsteratterin](#) MdEP *Miapetra Kum-pula-Natri* (S&D/FIN) hebt der Bericht hervor, dass die europäische Datenwirtschaft interoperabel, transparent, vertrauenswürdig und menschenzentriert sein müsse. Dabei müssten Datenschutz, Cybersicherheit und der Schutz von Grundrechten immer garantiert sein. Die Basis bilde freiwilliges Teilen von Daten. Dennoch betone der Bericht, dass Verpflichtungen, Daten zu teilen, beispielsweise im Fall von Marktversagen, nötig seien. Im März soll der Bericht vom Plenum des EP verabschiedet werden. Die Europäische Datenstrategie hatte die Kommission im Februar 2020 vorgelegt. Sie zeichnet die Vision einer datenagilen Wirtschaft auf Basis eines europäischen Datenraums.

[Pressemitteilung des ITRE](#) (in englischer Sprache)